

ver.di

Ganz vorn

Michael Quetting

Kolumne in der ver.di-Zeitung drei
Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen

unde Labortechnik **Krankenpflege** Altenpfleg
ngsdienst Labortechnik Psychotherapie Behind
chnik **Krankenpflege** Physiotherapie Altenp
otherapie Labortechnik **Servicebereiche** Psych
rapie Erziehungsdienst Altenpflege **Rettungsdie**
chnik **Behindertenhilfe** Heilkunde Behindertenhilf
vie Erziehungsdienst Altenpflege **Rettungsdienst** S
de Labortechnik **Erziehungsdienst** Behinder
ervicebereiche **Sozialarbeit** Psychotherapie Al
de **Heilkunde** Erziehungsdienst Psychother
st **Sozialarbeit** Psychotherapie **Altenpflege** L
e **Erziehungsdienst** Psychotherapie Behinderte
ltenpflege **Labortechnik** Psychotherapie **Physio**
ge **Heilkunde** Erziehungsdienst Psychothera
ilkunde Altenpflege Labortechnik **Serviceber**
rapie **Sozialarbeit** Erziehungsdienst Altenpfleg
nik Servicebetriebern **Krankenpflege** Psychoth
nde Labortechnik **Rettungsdienst** Labortechni
psychotherapie Psychotherapie **Physiothera**
indertenhilfe Labortechnik **Behindertenhilfe** S
sdienst Psychotherapie **Physiotherapie** La
e **Physiotherapie** Heilkunde Labortechnik A
rtec **Physiotherapie** **Servicebereiche**
chnik **Erziehungsdienst** Altenpflege **Rettungsdie**
de **Erziehungsdienst** Labortechnik **Heil**
upflege **Physiotherapie** Erziehungsdienst Al

IMPRESSUM

Herausgegeben von
deinen Kolleginnen und Kollegen

Sylvia Bühler, Daniel Behruzi,
Tobias Michel und Ruth Schauder

Autor: Michael Quetting

Ganz vorn

Michael Quetting

Unser Michel – Ganz vorn

Gar nicht einfach, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass unser Michel – der erste Pflegebeauftragte in der ver.di überhaupt – nicht mehr Gewerkschaftssekretär ist und bei der *drei* aussteigt. Alle sind ersetzbar, heißt es. Ich finde, das stimmt nicht. Klar kann jemand anderes eine Aufgabe und Funktion übernehmen, aber mit Sicherheit wird nach Michel niemand »Ganz vorn« schreiben. Diese Rubrik war Michel auf den Leib geschnitten und er hat sie wunderbar ausgefüllt.

Viele Male habe ich mich mit dem ver.di-Pflegebeauftragten beraten. Dass ich jetzt von Pflegepersonen spreche und nur noch selten von den »Kräften« war zum Beispiel so ein fachlicher Hinweis von ihm. Aber vor allem verdanken wir Michel wunderbare kreative und wirkungsvolle Aktionsideen. »162.000 fehlen«, diese größte Aktion, die ver.di je im Gesundheitswesen durchgeführt hat, war Michels Idee. Ursprünglich nur für das Saarland erdacht, hat er mich dafür begeistert und wir haben sie bundeweit durchgeführt. Ein Riesenerfolg mit großem Presseecho. Auch das »Ultimatum« hat Michel entwickelt, es entspricht dem Anliegen vieler Beschäftigten, ihrem Arbeitgeber noch eine letzte Chance zu geben, bevor wir ernst machen.

Und dann die Aktion, alle 21 Kliniken im Saarland zu Tarifverhandlungen über einen Entlastungstarifvertrag aufzufordern. Immer austesten, was geht. Immer Grenzen ausreizen, das ist Michels Devise. Oft mit Erfolg. Der erste Streik überhaupt in einem katholischen

Krankenhaus, auch zu dem hat Michel aufgerufen. Damit verbunden die allererste Kundgebung, die das Städtchen Ottweiler je erlebt hat, und dann gleich mit so viel Presse-rummel. Was für ein Erlebnis!

Nur einmal konnte mich Michel nicht überzeugen. Das war der Plan, alle Kolleg*innen in der Pflege zur Kündigung aufzurufen, damit es endlich bessere Arbeitsbedingungen gibt. Das war mir dann doch mit zu viel Risiko für die Kolleg*innen verbunden ...

Michel ist ein Vollblut-Gewerkschafter. Stellvertreterpolitik ist nicht sein Ding. Er will Menschen befähigen, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Wenn es darum geht, Menschen für eine gute Sache zu gewinnen, Kolleg*innen zu aktivieren und ihr Selbstgefühl zu stärken, dann macht ihm so schnell niemand etwas vor. Und kaum jemand führt so akribisch Listen und konfrontiert die Kolleg*innen mit ihren Erfolgen beim Stärkeaufbau. Oder auch nicht – vor klaren Botschaften scheut sich Michel nicht.

Noch nicht am Ende unserer Erkenntnisse sind wir, wie der Indirekten Steuerung am besten gewerkschaftlich zu begegnen ist. Michel, da müssen wir noch weiter forschen ...

Für die wunderbare Zusammenarbeit danke ich dir von ganzem Herzen. Und ich bin sehr froh, dich weiter an unserer Seite zu wissen.



Die Hoffotografen

Deine Sylvie Biber

Alltägliche Triage

Immer wieder wird im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie über Triage gesprochen. Man müsse das verhindern. In Talkshows machen sich mehr oder weniger Berufene so ihre Gedanken, wie die Ärztinnen und Ärzte damit umgehen sollen. Ethisch schwierig sei das. Wenn es nur unzureichende Ressourcen gibt, dann muss man »sortieren und eine Auswahl treffen«, dies bedeutet das Wort.

Wie ist es eigentlich mit den anderen Bereichen, wo die Personalnot ebenfalls himmelschreiend ist? Welche Auswahl trifft man da? Da geht es nicht überall ums Überleben, aber wir hätten ja doch gerne bestens pädagogisch geförderte Kinder, wenn wir sie aus der Kita abholen.

Aber bleiben wir doch bei Leben und Tod. Wie steht es denn mit der Pflege? Zu welchem Patienten gehe ich, welcher Patient kann noch auf die Schmerzmedikation verzichten? Erst Blutdruck messen oder erst den Nachbarn vom Kot befreien? Was tue ich anderen an, wenn ich diesen Patienten beim Sterben nicht alleine lasse? Welche Klingel überhöre ich?

Wir sind viel zu wenige, so mögen wir nicht arbeiten. Und wir wissen: Zu wenig Personal bedeutet mehr Tote. Mehr Personal durch festgelegte Personalschlüssel dagegen bedeutet bessere

Behandlungsergebnisse, weniger Tote und auch weniger Kosten. Das stellte eine wissenschaftliche Studie aus den USA und Australien kürzlich fest.

Pflegepersonen wenden schon seit Jahren ein irgendwie geartetes Triage-System an. Zu wenig Personal zwingt uns ständig zu entscheiden, welche pflegerische Handlung wir nicht vornehmen. Vornehm wird von »Priorisierung« gesprochen, was aber im Kern doch nur bedeutet, schlechte Pflege nicht so schlecht werden zu lassen, dass wer stirbt. Dazu hat der Gesetzgeber auch noch eine Bewegungsform erfunden: Man nennt das Personaluntergrenzen.

Was sagen denn da der Ethikrat und das Bundesverfassungsgericht? Wann wird der Gesetzgeber endlich aktiv? Man muss doch nur unsere Forderungen Wirklichkeit werden lassen.

Wir jedenfalls handeln ethisch und moralisch korrekt, wenn wir weiter für Entlastung kämpfen. Wie aktuell zum Beispiel unsere Kolleginnen und Kollegen der sechs Unikliniken in NRW,

meint mit bestem Gewissen euer

Michael Quetting

ver.di baut um

In dieser Form hast du die drei letztmalig zur Hand. Wir erscheinen zwar noch bis Mitte 2022, aber drei nennen wir uns ab dem neuen Jahr nicht mehr. Wir bauen aktuell unsere ver.di um. Wir wollen uns besser aufstellen. Handlungsfähiger. Lösungsorientierter. Kämpferischer. Und da schließen wir vom Fachbereich 03 mit dem kolossalen Namen »Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen« uns mit dem Fachbereich 05 mit dem ebenfalls langen Namen »Bildung, Wissenschaft und Forschung« zusammen und nennen uns nun: ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft.

Das ist mit vielen Einzelfragen verbunden. Satzung, Richtlinien, Befugnisse. Alles muss rechtssicher bearbeitet werden. So was ist in der Regel nicht so spannend und höchstens für die Kolleg*innen in den Vorständen von Interesse. Von Belang für jedes Mitglied sind die Strukturen seiner Gewerkschaft dann aber doch. Schließlich geht es um die Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen. Wie erreichen wir das? Wie vergrößern wir unsere Macht, indem wir einheitlich handeln? Was betont das Gemeinsame? Wie entwickeln wir unsere ver.di, damit sie als Werkzeug für unsere Interessen dient?

Eine Organisation, lese ich bei Wikipedia, ist ein soziales oder soziotechnisches System, das bei der planmäßigen und zielorientierten Arbeit von Menschen entsteht und als Akteur mit anderen interagiert. Es geht um unser gemeinsames Ziel, welches wir planmäßig erreichen wollen. Uns, die wir in wichtigen Teilbereichen der Daseinsvorsorge arbeiten, ob nun Bildung oder Sorgearbeit, mangelt es nicht an gemeinsamen Problemen, die dringend angepackt werden müssen.

Wir haben nun eine neue Bundesregierung. Aber anzunehmen, dass im Gesundheitswesen und in der Pflege die Probleme jetzt angepackt werden, weil das die neuen Koalitionäre während der Corona-Pandemie ja endlich erkannt haben, wäre doch sehr gewagt und blauäugig. Weder die Regierung noch die Chefs werden uns etwas schenken. Wir müssen uns besser aufstellen, wenn wir etwas erreichen wollen. Das ist der Sinn unseres Umbaus. Ob wir dies nutzen, um effektiver unsere Anliegen zu vertreten, liegt an uns. Denn ver.di ist nur ein Werkzeug. Es kommt darauf an, was wir daraus machen,

meint optimistisch euer

Michael Quetting

Es braucht unsere Stimmen

Du hast dich vermutlich entschieden und wirst die Stimme der Partei geben, von der du erwartest, dass sie deinen Interessen entspricht. Vielleicht wählst du auch nicht, weil du meinst, doch nichts ändern zu können und man dir vor der Wahl etwas verspricht, was dann doch nicht gehalten wird. Wie auch immer die Wahl ausgeht, was machen die Sieger mit deiner, mit unseren Stimmen? Interessieren sie sich für die mit ihr verbundenen Aussagen?

Der Wählerwille und die reale Politik – das sind doch oftmals unterschiedliche Welten. Die heutige Demokratie scheint ein sonderbares Ding zu sein. Oder gibt es hier einen Menschen, der für die Verlängerung des Renteneintrittsalters ist? Gibt es hier wen, der will, dass das Gesundheitswesen nach Marktgesetzen gesteuert wird? Wer will, dass Mieten ins Unermessliche steigen? Ich kenne auch keinen, der lieber auf Rüstung als auf Umwelt setzt.

Es ist schon eigenartig, dass man seine Stimme abgibt und dann hat man nicht mehr im Griff, was jene, die die Stimmen bekommen haben, damit machen. Wählen wirklich nur die dümmsten Kälber ihre Schlächter selber? Stehen wir nicht letztlich alle im Schlachthof? Das Dilemma besteht doch darin, dass man uns

nicht mehr hören will, nachdem wir unsere Stimme in die Urne geworfen haben. Allein dieser Begriff lässt mich schon schauern.

Meine Stimme will ich nicht abgeben. Ich gehe wählen und behalte meine Stimme und schon gar nicht beerdige ich die Stimme in einer Urne. Ganz egal wie die Wahl ausgeht. Wir von ver.di haben klare politische Vorstellungen.

Zum Beispiel für das Gesundheitswesen, zur Finanzierung der Pflegeversicherung, zur Bekämpfung der Personalnot und zu den Schlussfolgerungen aus der Pandemie.

Glauben wir doch nicht, dass jetzt die Regierung das einfach so in unserem Sinne umsetzen wird. Dazu müssen wir sie schon bewegen. Wer bezahlt die Krise und den notwendigen Umbau? Das wird die kommenden Auseinandersetzungen bestimmen. Stets braucht es des lautstarken Protestes für unsere Sache. Nur dann werden die Regierenden und Herrschenden handeln. Geschichte wird gemacht – entweder von denen, oder von uns. Deswegen braucht es weiterhin unsere Stimmen,

bemerkt mit lauter Stimme euer

Michael Quetting

Zwei Wahrheiten

Zwei Wahrheiten sollten wir nicht aufhören, in diesen Tagen zu betonen.

Erstens: Die Überlastung des Sozial- und Gesundheitssystems hat seine Ursache nicht in dem Virus und der Pandemie. Schuld ist vielmehr der Irrglaube, der Markt sei das geeignete Instrument, um menschliche Bedürfnisse und Gesundheit zu regeln. In diesen Lehren fehlt der Faktor Mensch. Auch eine Pandemie ist nicht vorgesehen. Ist die Krise da, dann merkt man wie in einem Brennglas: So kann es nicht gehen.

Zweitens: Wenn wir die Pandemie bekämpfen, dann tun wir das im Team. Besonders im Krankenhaus ist es notwendig, dass Hand in Hand gearbeitet wird und nicht jeder nur seine Partikularinteressen verfolgt.

Es ist schädlich, wenn ganze Bereiche ausgegliedert werden, um immer mehr Geld zu machen – auf Kosten der Menschen, der Versorgungsqualität und der Umwelt. Und wenn die Regierenden und Chefs immer wieder auf Spaltung und Differenzierung setzen, wie zum Beispiel mit der Corona-Prämie, dann stellen wir Solidarität und Gemeinsamkeit dagegen.

Bleibt die Frage, was wir mit den Wahrheiten machen? Wir müssen alles tun, um unsere Gesundheits- und Sozialsysteme

nicht der Kommerzialisierung zu überlassen. Deswegen kämpfen wir gerade jetzt im Bundestagswahlkampf für eine gesetzliche Personalbemessung. Unser Vorschlag heißt PPR 2.0 in den Krankenhäusern, und auch in der Langzeitpflege braucht es ein bundeseinheitliches Bemessungsinstrument. Und das DRG-System ist durch eine bedarfsgerechte Finanzierung zu ersetzen.

Wenn wir die Erkenntnis gewonnen haben, was die Ursache der Probleme ist, und wir auch wissen, wie man aus dem Schlamassel rauskommt, dann braucht es nur noch Instrumente, um das zu erreichen. Wir brauchen einen Verband, der die Kräfte bündelt und zusammenführt und für eine Mehrheit kämpft, damit das Erkannte auch real wird. Gemeinsame Interessen sind zu formulieren und berufsegoistischen Spaltungen zu widersprechen.

Besserwissende Narzissten helfen da wenig. Wir brauchen Werkzeuge und Waffen, damit wir kämpfen können. Gebraucht wird eine Organisation, die über die Mittel und die Voraussetzungen verfügt, um Veränderungen zu erreichen. Was wir brauchen, das haben wir schon. Es heißt ver.di.

Nutzen wir unser Werkzeug, bemerkt euer

Michael Quetting

Weitermachen

In unserem ver.di-Fachbereich sind jene Kolleginnen und Kollegen organisiert, die in der Pandemie im besonderen Maße gefordert sind. Ob im Altenheim oder auf Intensivstation, ob in der Kita oder in der Behindertenhilfe. Die Belastungen sind enorm. Physisch. Psychisch.

Seit Jahren klagen wir über Personalnot und fordern, die Daseinsvorsorge nicht dem Markt zu überlassen. Wir fordern nicht nur, wir organisieren auch Kämpfe, um aus dem Dilemma herauszukommen. So zum Beispiel durch Tarifverträge für Entlastung in Krankenhäusern. In einigen konnten wir sogar Sollbesetzungen für bestimmte Bereiche und Schichten durchsetzen. Und als Minister Spahn seine Untergrenzen außer Kraft setzte, ging das dort nicht. Das hat zwar nicht die Belastung gesenkt, aber zumindest für eine Entschädigung gesorgt.

Trotz der Personalnot haben unsere Kolleginnen die Schutzkleidung angezogen, sich wie Astronauten verkleidet und ganze Schichten in der eigenen Brühe gestanden, sind fix und fertig nach Hause gegangen, haben Patient*innen sterben sehen und sind allein mit ihrem psychischen Dauerstress. Nicht wenige wurden krank. Auch Tote in den eigenen Reihen sind zu beklagen. Ein Vertreter der Krankenhausgesellschaft meinte kaltschnäuzig, sie

würden sich vermutlich im privaten Bereich anstecken. Die Corona-Prämie wurde zum Trauerspiel und viele erhielten gar nichts.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben trotzdem weitergearbeitet. Das haben sie gemacht, weil ihnen das Menschliche wichtig ist, weil ihnen nicht egal ist, wenn Menschen leiden. Während im Fernsehen die dritte Staffel Charité lief, haben sie Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Solidarität ganz praktisch bewiesen.

Und sie werden auch jetzt weitermachen, im Kampf für Entlastung, für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Dies ist eben nicht nur eine Auseinandersetzung für uns, sondern auch eine Verpflichtung aufgrund unserer Nächstenliebe und Solidarität. Jetzt nicht nachzulassen im Ringen um unsere Rechte, ist genauso wichtig wie unser Einsatz gegen Corona.

Ich bin so stolz, mit euch diesen Kampf führen zu dürfen. Ich sage Danke liebe Jana, Sandra, Dana, Kerstin, Heike, lieber Sebastian, Jose Antonio, Fabian und wie ihr alle heißt: Wir sind ver.di. Wir wissen, wie man Solidarität schreibt,

vermerkt euer

Michael Quetting

Wellenbrecher

Da kommt Welle auf Welle. Wir brauchen Wellenbrecher. Sonst packt das Gesundheitssystem das nicht. Egal ob dort oder in anderen sogenannten systemrelevanten Bereichen – erwartet wird Außergewöhnliches. Die Wissenschaft sucht nach Strategien und diskutiert Vorgehen. Die Regierung erlässt Anordnungen. Die Arbeitgeber sind überrascht, dass Personal fehlt. Und wir sind mittendrin.

Das macht keinen Spaß. Diese Wellen brechen über uns und wir drohen zu ertrinken. Aber das ist unser Beruf. Wohlgenannt: erlernter Beruf, nicht Berufung. Und da wir unseren Beruf können, könnten wir selbstverständlich den Wellen Widerstand leisten. Es braucht nur mehr von uns. Nun, das haben wir schon vor Corona gesagt. Mal lauter, mal leiser.

Meine Kollegin Monika sagt immer, ver.di soll lauter schreien. Die Pflegedirektorin vom Krankenhaus meint, nein, bitte leiser, sonst bekommen wir keine Auszubildenden mehr. Und die Ministerin lässt einen schnurrigen Film produzieren, der alles andere als witzig ist. Aber ändern tun sie nichts. Die Arbeitsbedingungen werden nicht besser. PPR 2.0 nicht eingeführt, die Servicebereiche sind weiter ausgegliedert. Und Monika ist immer noch nicht in ver.di.

Ja, wir drohen zu ertrinken und einige von uns haben auch schon aufgegeben, haben ihre Posten als Wellenbrecher verlassen. Was tun? Wie können wir das ändern? Wir können noch eine Petition an Spahn schreiben. Es wird nichts nützen. Wir können unserem Arbeitgeber vorschlagen, endlich genug Personal einzusetzen. Er wird sagen, das geht nicht, das DRG-System zwingt ihn nun mal dazu. Und die Pflegedirektorin wird vielleicht sagen, ja eigentlich hätten wir Recht. Sie habe ja auch schon mal was von ganzheitlicher Pflege gehört, aber was soll sie nur machen?

Keine Lösung? Doch. Wir sind die Lösung. Wir werden die Wellen nicht brechen, indem wir uns immer weiter der Tretmühle unterordnen. Das ist anstrengend. Weil die Ausübung unseres Berufes so anstrengend ist. Aber dieser Beruf verlangt auch nach politischer Aktivität. Dazu brauchen wir Monika. Die müssen wir überzeugen. Mehr von uns ist besser für alle. Nie war diese Erkenntnis richtiger als heute. Das sollten wir uns vornehmen für das neue Jahr,

meint euer

Michael Quetting

Lavendelgate

Der Hashtag **#Lavendelgate** hat Furore gemacht. 578 Meldungen zeigt google. Hunderte Kommentare, über tausend Mal auf Facebook geteilt, bei Twitter wurde er zum Renner.

Im Sommerinterview wurde die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz dazu befragt. Was war geschehen? Staatssekretär Denis Alt (SPD) wollte im Namen der Landesregierung etwas Gutes für die Bienen tun und sich bei den Beschäftigten der Uni-medizin Mainz für den Einsatz in der Corona-Krise bedanken. Als Zeichen brachte er einen klitzekleinen Lavendel-Busch vorbei. Und die Presse war natürlich auch da.

Zu Beginn der Pandemie hatten die Einrichtungen noch nicht mal genug Schutzkittel. Personaluntergrenzen und Arbeitsschutzgesetze, selbst Teile des Finanzierungssystems der Fallpauschalen (DRG) wurden außer Kraft gesetzt, damit wir uns auf einen Notstand vorbereiten konnten. Und nun musste die Leitung der Uniklinik dabeistehen und einen Blumentopf in Empfang nehmen. Mancher meinte noch, es wäre Parodie. Die Realität ist die peinliche Satire.

Nachdem landauf und landab geklatscht wurde und es hier und da Nivea-Creme oder Schokolade gab, platzte den ver.di-Aktiven der Kragen. Sie buddelten den Strauch aus und gruben ihn

vor der Mainzer Staatskanzlei wieder ein – und drehen dazu ein viel geteiltes Video: t1p.de/dank-zurueck

Wir brauchen endlich echte Wertschätzung und Aufwertung. Nette Worte, Blumen und Süßigkeiten lehnen wir nicht ab, aber damit könnt ihr uns nicht mehr beeindrucken. Ihr könnt uns mal. Jetzt braucht es Taten statt Worte. Wir verlangen eine Personalbemessung. Das DRG-System hat sich überlebt. Es ist an der Zeit, die ausgegliederten Bereiche wieder zurück in die Krankenhäuser zu holen.

Lavendel soll beruhigen. Die Mainzer hat es auf die Palme gebracht und sie wurden so laut, dass man sie in der Bundesrepublik hörte. Jetzt hat in Rheinland-Pfalz ein Bündnis zum Pflegeaufstand aufgerufen. Hören wir auf, nur zuzuschauen und zu kommentieren und zu meinen, ein höheres Wesen könnte uns retten. Jetzt nehmen wir uns die Aufforderung von Erich Kästner zu Herzen: »Was immer auch geschieht, nie sollt ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!« In diesem Sinne wünscht uns einen heißen Herbst,

euer

Michael Quetting

Dienstverpflichtung

Und bist du nicht willig ... dann kommt die Dienstverpflichtung. So der Traum mancher Pflegedienstleitung. Der lesende Gewerkschafter weiß es allerdings spätestens seit der Schichtplanfibel: Das ist Quatsch.

Eine Dienstverpflichtung ist eine staatliche Verpflichtung von Menschen, bestimmte Dienste zu verrichten. Ein Arbeitgeber kann das niemals.

Aber dann kam Corona. Während Schutzkleidung, Desinfektionsmittel und Mundschutze fehlten, Schutzrechte außer Kraft gesetzt und Beschäftigte nicht getestet wurden, ging Bayern voran. Ein in Rekordzeit beschlossenes Gesetz zwingt seit März Ärzte und Pflegekräfte zur Arbeit, wenn ein »Gesundheitsnotstand« festgestellt wird – selbst wenn sie nicht mehr im Beruf tätig sind.

Dann kam Nordrhein-Westfalen mit einem Gesetzentwurf von SPD und CDU. Demnach sollte das Ministerium eine Beteiligung von Pflegekräften an den Maßnahmen »zur Bekämpfung der bedrohlichen übertragbaren Krankheit« anordnen können. Wer sich vorsätzlich oder fahrlässig widersetze, solle »mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro« bestraft werden können. Die Kammern sollten die Daten aller medizinisch geschulten Kräfte aushändigen.

Ob Pandemie oder Krieg: Zwangsarbeit und Pflichteinsatz. Schreibt nicht unser Grundgesetz in Artikel 12 vor, niemand dürfe »zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht«? War das nicht eine wichtige Schlussfolgerung aus der Zwangsarbeit in Nazideutschland?

In NRW gab es Gegenwehr und die Landesregierung musste ihr Vorhaben fallenlassen. Auch Niedersachsens Landesregierung hatte entsprechende Pläne, hat diese aber wieder aufgegeben. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellte fest, dass solche Gesetze verfassungswidrig sind.

Unsere Grundrechte sind zu verteidigen, ein solch massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte braucht unseren energischen Protest. Eine Dienstverpflichtung wird den Pflegeberuf nicht attraktiver machen. Nötig wäre eine Verpflichtung für die »Arbeitgeber«, qualifiziertes Personal freizustellen, Anreize, Motivation und eine klare Vergütungsregelung zu schaffen. Jede Form von Zwangsarbeit ist verboten, das gilt auch für die Systemrelevanten,

betont euer

Michael Quetting

Ganzheitlich

Gern wird das Wort benutzt, sowohl von Esoterikern als auch von Materialisten. Wir kennen es aus alternativen Kreisen der Medizin, aus der Ernährung, und selbst die Zahnpflege gilt mit bestimmten Produkten als »ganzheitlich«. Ganzheitlichkeit ist offensichtlich ein Kampfbegriff. Und auch wir nehmen ihn in Besitz. Schließlich gehört zu dem ganzen Menschen auch seine Gewerkschaft. Zumindest zu dem werktätigen.

Als sich langsam die Erkenntnis durchsetzte, dass Sorge-Arbeit, also Pflege, Kindererziehung und auch Sozialarbeit, einer Professionalisierung bedarf, da war uns auch klar, dass der Mensch mehr ist als die Summe seiner Teile. Es gilt, den ganzen Menschen zu betrachten. Ihn in seiner Lebenswelt zu begreifen und professionell und empathisch mit ihm in Beziehung zu treten. In der Pflege hörten wir auf, von der »Galle in Zimmer 17« zu sprechen, schickten die Lernschwester nicht mit dem Thermometer reihum über die Station und führten anstelle der Funktionsdie Bezugspflege ein.

Als aber der Notstand immer krasser und das Gesundheits- und Sozialwesen immer mehr dem Fetisch Markt untergeordnet wurden, da erinnerte man sich wieder der Arbeitsteilung. Ausdifferenzierung heißt das Zauberwort, oder auch »Skill-mix«.

Da wird von Eliten gesprochen, es werden hierarchische Arbeitsmodelle propagiert. Anstatt den Menschen zum Ausgangspunkt unserer Arbeit zu machen, wird der kurzfristige materielle Erfolg zum Maßstab. Bei den Privaten wird dieser zum Profit. Der Mensch, für den wir arbeiten, kommt unter die Räder. Und so erleben wir eine schleichende Deprofessionalisierung unserer Berufe. Von Ganzheitlichkeit ist zwar noch die Rede, doch in der Praxis wird sie ad absurdum geführt.

Ganzheitlichkeit ist aber nicht nur eine Bedingung, Menschen mit ihren Stärken und Defiziten zu erkennen, sie zu vertreten und ihnen zu helfen. Auch wir, die wir in unterschiedlichen Bereichen der Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Arbeit tätig sind, streben nach erfüllter sinnvoller Arbeit. Wir wollen qualifiziert sein oder werden, wollen Zeit und ausreichend Kolleginnen und Kollegen haben, damit wir mit Freude nah an und mit den Menschen arbeiten können. Ob wir diese Menschen Klienten, Patienten, Bewohner oder Kinder nennen – unser gewerkschaftlicher Anspruch ist und bleibt ganzheitlich,

betont euer

Michael Quetting

Geschenkt gibt es nichts

Weihnachten. Es gibt Geschenke. Kinderaugen leuchten vor Erwartung. Auch ich freue mich. Habe auch viele Geschenke für meine Lieben besorgt. Die werden Augen machen. Irgendwie bereitet es Freude.

Schenken ist eine uralte Tradition, von unterschiedlichen Zeiten und Kulturen geprägt. »Ich gebe, damit du gibst«, sagten die alten Römer. »Wer ein Rind geschenkt erhält, muss ein Pferd zurückgeben.« So lautet ein chinesisches Sprichwort. Der Ethnologe Marcel Mauss prägte den Begriff »Schenkökonomie«, es handele sich um eine Art »Gesellschaftsvertrag«.

Ich denke über dieses Geben und Nehmen nach. Was haben wir nicht alles gegeben in diesem langen Jahr? Wie oft haben wir auf Pausen verzichtet, sind aus unserem Frei gekommen, weil wir die Kolleginnen und Kollegen nicht allein lassen wollten? Die Kolleginnen und Kollegen des Servicebetriebes haben auf das gleiche Gehalt verzichtet. Nun, das war weniger geschenkt, sondern geklaut.

Kollegin Claudia hat ihren Anspruch auf Überstundenbezahlung verschenkt, Kollege Peter hat sogar seinen Urlaubsanspruch verfallen lassen. Und als Norbert neulich vom Betriebsrat angehalten wurde, weil er die Ruhezeiten nicht einhält und das doch seiner Gesundheit schade, da war er so sauer und brüllte laut durch

den Flur, man solle ihn in Ruhe lassen, er wisse schon selbst, was richtig sei. Ja, das sind Geschenke. Geschenke an den Betrieb, den wir »unseren Betrieb«, »unser Unternehmen« nennen, der oder das uns aber gar nicht gehört. Die Geschenke allerdings werden von denen, die das Sagen haben, immer gerne genommen.

Und wie ist es nun zu Weihnachten? Können wir uns freuen, etwas zurückzubekommen? Anerkennung und Wertschätzung etwa? Da haben zum Beispiel die kommunalen Arbeitgeber gerade verkündet, dass sie unsere Pausen nicht bezahlen wollen. Obwohl bei der letzten Tarifrunde vereinbart wurde, dass alle Wechselschicht Leistenden die Pausen vergütet bekommen. Die Pausen können wir ja oftmals gar nicht nehmen. Die Herren wollen die Arbeitszeitverkürzung von 2,5 Stunden pro Woche einfach nicht. Wen interessiert die Gesundheit? Ist denen ganz egal. Nein, die verschenken nichts.

Fragt sich nur, warum wir das machen, warum wir uns verschenken ohne Gegenleistung? Kann mir das wer erklären? Aber bitte – nicht als rührige Weihnachtsgeschichte,

wünscht sich euer

Michael Quetting

Gewaltfantasien

Ich gestehe. Manchmal habe ich Gewaltfantasien. Nee, umbringen will ich niemanden. Auch an Vergewaltigung denke ich nicht. Aber an Gefangennahme, an »aus dem Verkehr ziehen«. Denn die scheren sich einen Dreck um Gesetze. Und benennen wir die Vergehen, dann streiten sie ab, dann versuchen sie auszusetzen, sich wegzuducken. Ich würde denen gerne meine Polizei auf den Hals schicken, verhaften und in den Knast stecken. Allein wegen ihrer verlogenen Arroganz steigt bei mir der Blutdruck auf 180 systolisch.

Ach, ich habe ja noch nicht gesagt, was und wer mich aufregt. Sie werden Arbeitgeber genannt, was schöner klingt als es ist, soll mir ja klarmachen, dass sie mir was geben. Aber lassen wir das. Mir geht es darum, dass bei uns mit zweierlei Maß gemessen wird. Begehe ich ein Vergehen, und sei es, dass ich zu schnell gefahren bin, dann gibt es Bußgelder und Strafpunkte und bei Wiederholung ist der Lappen weg. Aber in unseren Einrichtungen werden täglich tausende Vergehen begangen und es kommt keine Polizei auch nur vorbei.

Ein kleines Beispiel: Nach mehrmaliger Aufforderung hat die Aufsichtsbehörde an der Homburger Uniklinik nach über einem Jahr lediglich zwei Monate einer Intensivstation untersucht.

Dabei stellte man 278 Mal die Nichteinhaltung der Pausen fest, in 33 Fällen wurden die Ruhezeiten nicht eingehalten und in 20 Fällen wurde die zulässige Arbeitszeit überschritten. Die Gefährdungsbeurteilung fehlte auch noch. Für so etwas haben sich die Länder extra einen Bußgeldkatalog ausgedacht, so ähnlich wie im Straßenverkehr. Für die genannten Vergehen müsste der Kaufmännische Direktor zwar nicht in den Knast, aber 30.875 Euro müsste der Spaß kosten. Wohlgemerkt: für lediglich zwei Monate auf einer Station.

Aber, Pustekuchen. Da wird gerade mal der Zeigefinger erhoben und da es wiederholt Beschwerden gab, soll man doch in Zukunft besser die Dienstpläne kontrollieren. Das war es, Leute. Bist du Arbeitgeber, kannst du dir wohl alles erlauben. Rechtsstaat, was ist da nur los?

Und dann sehe ich sie lächeln, mit den Regierungsvertretern tuscheln und sie verstehen gar nicht, wenn wir keinen Bock mehr haben auf ihr verlogenes Geplapper. So, jetzt wisst ihr, warum ich sauer bin und warum solche Gewaltfantasien einfach über mich kommen,

meint euer

Michael Quetting

An der Uniklinik in Jena lässt ein Klinikaufschrei aufhorchen.

radikal SOZIAL. Es wird nicht mehr gebettelt, sondern lautstark gefordert und die Landesregierung in die Pflicht genommen. Sie soll handeln für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Die Kolleginnen und Kollegen wollen keine Arbeitsbedingungen mehr, »unter denen wir kaputtgehen«, heißt es in dem Aufschrei. Und sie machen gleichzeitig deutlich, dass sie handeln werden, wenn die Verantwortlichen nicht handeln.

Wir reden nicht nur über den Notstand. Wir stehen auf, nehmen uns Einrichtung für Einrichtung vor. So geht es ähnlich wie in Jena an der Unimedizin in Mainz zur Sache wie auch am Universitätsklinikum in Kiel und Lübeck. Auch dort schaffen die Beschäftigten sich gerade eine Struktur, um Entlastung zu erreichen, wie dies zum Beispiel in Augsburg und Homburg/Saar geschehen ist. Dort wird eine bestimmte Anzahl von Belastungstagen im folgenden Dienstplan in freie und bezahlte ver.di-Tage verwandelt.

Das ist nicht alles, was aktuell so läuft. Vom 17. bis zum 19. Juni gibt es in den kommunalen Krankenhäusern Aktionen, damit endlich die Pausenzeiten bei Wechselschicht bezahlt werden, so wie bei den letzten Tarifverhandlungen vereinbart.

Auch die Altenpflege rührt sich, es wird mehr gebraucht als warme Worte. Zum Tag der Pflegenden konnten wir lesen, dass die Fachkraftquote weiter gesunken ist. ver.di will einen Tarifvertrag, der Mindestbedingungen flächendeckend festschreibt.

In den mittlerweile 14 Krankenhäusern mit Entlastungsvereinbarungen ringen wir um die korrekte Umsetzung. Immer wieder spielen die Chefs auf Zeit, manchmal fragt man sich, ob sie der deutschen Sprache mächtig sind oder ob sie uns nur verarschen wollen.

Am 29. Juni treffen sich Aktive aus Kliniken der ganzen Bundesrepublik in Kassel. ver.di bleibt dran, konsequent. radikal SOZIAL eben. Über die politischen Notwendigkeiten sind wir uns einig, das zeigte gerade die Bundesfachbereichskonferenz.

Wie gewinnt man durch kluge Koordination mehr Schlagkraft und was können wir voneinander lernen? Das will angepackt werden. Stück für Stück. So essen wir den Elefanten. Auch wenn das verdammt lange dauert und uns manchmal der Geduldsfaden reißt,

meint euer

Michael Quetting

Ein jegliches hat seine Zeit

Kennt ihr Zeitfenster? Die fruchtbaren Tage innerhalb des Zyklus' einer Frau sind ein solches Zeitfenster, um schwanger zu werden. Das Zeitfenster bei Schlaganfall, man muss es erwischen, damit eine mögliche Lyse-Therapie Sinn macht.

Oder Raumsonden. Die können aus energetischen Gründen nur innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu ihrer Mission gestartet werden. Auch bestimmte Arbeiten haben ein Zeitfenster, so darf man Hecken nur vom Oktober bis Ende Februar schneiden, sagt der Gesetzgeber.

Ob etwas funktioniert, ob es erfolgreich ist, hängt mit der Zeit zusammen. Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde, so lesen wir in der Bibel.

Handelt man in der richtigen Zeit, so kann daraus eine Sternstunde werden, wie vom Schriftsteller Stefan Zweig 1927 in seinem Buch erzählt, dramatisch geballt und schicksalsträchtig, den weiteren Verlauf der Geschichte wandelnd beeinflussend.

Wir kämpfen seit langer Zeit für den Erhalt der Daseinsvorsorge, für die Aufwertung der Sorgearbeit und für Entlastung. Auf einem Gebiet ist uns etwas gelungen, das gar nicht so leicht ist, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht: Die deutliche Mehr-

heit der Bevölkerung ist mit uns. Als im Saarland der Streik an der Uniklinik angekündigt wurde, erklärten in einer Zeitungsumfrage 96,6 Prozent ihre Unterstützung für den Streik und ver.di. Der Pflegenotstand ist zu einem zentralen Thema geworden.

Und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) muss das Finanzierungssystem der Fallpauschalen hinterfragen und jede neue Pflegestelle finanzieren. In 13 Krankenhäusern in Deutschland haben Kolleg*innen Vereinbarungen zur Entlastung erkämpft. Sie haben nicht nur geredet, sondern gehandelt, obwohl einige meinten, das ginge ja gar nicht.

Mit Hilfe der Gewerkschaft wurden Pflegekräfte zu handelnden Subjekten. Sie sind es, die Veränderung konkret werden lassen. Selbstverständlich geht der Kampf auch dort weiter, denn so einfach lassen sich die Klinikchefs nicht ins Handwerk pfuschen.

Jetzt ist die Zeit, etwas für die Pflege durchzusetzen. Wer jetzt nicht kämpft, verschläft die Zeit zum Aufstehn,

meint euer

Michael Quetting

Im Saarland ist ein Coup gelungen

Da haben die Saarländer wieder etwas erfunden: den Belastungstag. Im Vertrag zwischen der Uniklinik in Homburg und ver.di gibt es nicht nur 145 zusätzliche Stellen und festgelegte Konsequenzen bei Unterbesetzung. Ab dem 1. April werden auch bestimmte Arbeitsbelastungen durch entlastende Freizeittage ausgeglichen. Wenn man acht Belastungstage zusammen hat, erhält man im nächsten Dienstplan einen zusätzlichen freien Tag.

Es ist ein Coup gelungen, der aufhorchen lässt und hoffentlich viele Nachahmer findet. Es wurde eine Logik etabliert, die ökonomische Anreize schafft, die Belastung einzuschränken. Das ist ein wichtiger Schritt und Ergebnis eines langen Kampfes, an dem in der entscheidenden Nacht über 50 Kolleginnen und Kollegen direkt beteiligt waren. Schwarmintelligenz eben.

Die Arbeitgeber haben mit enormer Kraftanstrengung versucht, alle unsere Bemühungen im Keim zu ersticken. Sie zogen vor Gerichte und verweigerten flächendeckend Tarifverhandlungen. Hätten sie nach dem Abschluss des Tarifvertrages in Baden-Württemberg einen solchen Tarifvertrag für ganz Deutschland angeboten, dann hätten wir wohl unterschrieben. Jetzt haben wir in Essen und Düsseldorf gewaltig was draufgelegt und an der Saar auch. Angefangen hat ja alles an der Charité, wir haben

den Staffelstab immer weitergereicht und wir bekommen immer bessere Ergebnisse. Wer sind die nächsten? Unsere Bewegung für Entlastung und mehr Personal lebt.

Nun mögen manche unzufrieden sein: Das geht zu langsam und aber da und aber dort. Recht haben sie. Aber bis dato gibt es leider nur eine einzige Kraft in Deutschland, die etwas bewegt hat. Die nicht nur schwätzt und jammert, die dabei ist, etwas zu ändern. Das ist ver.di. Das erfüllt mich mit verdammt viel Stolz.

Wichtig ist nämlich nicht nur der Erfolg oder Nicht-Erfolg. Wir haben in dieser Auseinandersetzung viel mehr bewegt. Wir haben Menschen ermuntert, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen.

Eine Hebamme aus Homburg brachte es auf den Punkt, als dort das Konsequenzenmanagement erstmalig wirksam wurde und die Kolleginnen mit gestiegenem Selbstbewusstsein den Kreißaal bei der Rettungsleitstelle abmeldeten. Sie meinte: »Go for it ... später werden sie fragen: Was habt ihr im Leben erreicht? Dann könnt ihr sagen: Wir haben den Menschen das Selbstvertrauen gegeben, ihre Würde wiederzuholen.«

Leute, ich war dabei und ihr auch,
meint euer

Michael Quetting

Chance für eine Kehrtwende

Nicht erst seit der »Agenda 2010« des Kanzlers Gerhard Schröder stehen wir, die abhängig Beschäftigten, mit dem Rücken zur Wand. Rheinischer, »gezähmter« Kapitalismus war einmal. Seit Jahren wird unser Leben durch das neoliberale Modell bestimmt. Die Gesellschaft scheint fest im Griff der Herrschenden und der in ihrem Sinne Regierenden. Der gesellschaftliche Konsens wurde systematisch und langfristig nach rechts verschoben. Solidarität und Gewerkschaft scheinen alte Hüte zu sein.

Aber bei einer Sache ist es irgendwie anders. Da klappt es nicht mit dem heiligen Wettbewerb. Da verfängt das Gerede vom »Kunden« nicht. Da erfolgt keine Zustimmung zur Einheit von Gesundheit und Profit. So die Meinung der überwiegenden Mehrheit. Die Akteure in den Kliniken haben sich im Dschungel des Finanzierungssystems der Fallpauschalen verfangen. Gleichzeitig verlieren Regierungen ihre Glaubwürdigkeit. Die oben haben keine Lösungen mehr und die unten wollen nicht mehr. Und mit der selbstbewussten Pflegekraft ist ein Subjekt sichtbar geworden, das Veränderung real durchsetzen kann. Und diese hat auch eine Gewerkschaft, die das will und kann.

Schon haben wir auf diesem Gebiet die Hegemonie in der Gesellschaft erreicht. Haben das Problem nicht nur beschrieben,

sondern mit der gesetzlichen Personalbemessung auch einen Lösungsansatz, der – konsequent umgesetzt – das Gesundheitswesen vom Kopf auf die Füße stellen kann und ein Beispiel für die gesamte Daseinsvorsorge sein könnte. Und noch viel mehr. Anstatt nur zu reagieren, agieren wir endlich. Deswegen sind die Arbeitgeber so wütend, wollen keine Tarifverträge, die in ihre Personalhoheit eingreifen. Deshalb versucht man es mit einstweiligen Verfügungen vor Gerichten, mit Abmahnungen und großflächigen Anzeigen gegen die Gewerkschaft.

Aufgrund unserer wachsenden Stärke verspricht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn kleinlaut, für 2019 zusätzliche Pflegestellen am Bett vollständig zu refinanzieren. Hier steckt die Chance für eine Kehrtwende zur Selbstkostendeckung.

Wir müssen uns weiter auf den Pflegenotstand und unsere Lösungen konzentrieren. Die Unikliniken, die jetzt kämpfen, dürfen nicht allein gelassen werden. Nachlassen wäre unser größter Fehler. Die Kolleg/innen in Düsseldorf, Essen, Brandenburg und Homburg brauchen unsere gesamte Kraft. Denn wenn wir in der Lage sind, diese Chance zu ergreifen, ergeben sich für weitergehende Entwicklungen neue Möglichkeiten,
meint euer

Michael Quetting

Eine Polizei für die Blaulichfraktion

»Ja, darf das der Arbeitgeber überhaupt?« So die ungläubige Frage meiner Cousine Annegret am Kaffeetisch. »Das kann doch nicht sein«, ergänzen ihr Mann und ihr Sohn Jürgen. Der will mal Jura studieren.

Es geht um Recht und Gesetz. Um Höchstarbeits- und Ruhezeiten, um nicht genommene Pausen und vorenthaltene Überstundenvergütung. Ich habe über die Zustände in den Krankenhäusern geschwätzt.

Ich berichte vom Ultimatum, das die Kolleginnen einer Station der Homburger Uniklinik gestellt hatten. Sie erkämpften einen Erfolg. Neue Kolleginnen sollten eingestellt werden. Wenn nicht, dann müssen Betten geschlossen werden. Zwei Kolleginnen wurden eingestellt, zugleich gingen aber drei. Betten wurden nicht geschlossen. Die Arbeitsbelastung ist schlimmer als vorher. Hat also nichts gebracht, das Ultimatum. Warum hält der Arbeitgeber sich nicht an die Vereinbarung?

Wir haben Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Da wird mit viel Aufwand eine neue Entgeltordnung vereinbart. Aber, wenn man dann die Entgeltgruppe P8 haben will, weil man Praxisanleiterin ist, sagt der Arbeitgeber: nein.

Das Bundesarbeitsgericht spricht eindeutig: Wer abweichend vom Schichtplan Arbeit angeordnet bekommt, erhält Überstundenzuschlag. Auch Teilzeitbeschäftigte. Welcher Arbeitgeber ist nun in sich gegangen und hält sich daran? Man muss klagen. Nur, wer macht das schon gern?

An der Charité haben wir einen Tarifvertrag für mehr Personal erkämpft. Und nun? Es fehlt an Konsequenzen, wenn das Versprochene dann doch nicht kommt. Kein Einsatzkommando fährt vor und verhaftet die Klinikleitung.

Wieso ist das alles so schwierig, so mühsam? Hat man den Stein endlich den Berg raufgerollt, da schubsen die ihn wieder runter. Wenn ich die Bank überfalle, dann kommt die Polizei, steckt mich in den Knast. Wenn der Arbeitgeber mir aber meine Gesundheit raubt, mir meine Familie kaputt macht, dann schauen Regierende zu und Justitia hat die Augen verbunden. Die Polizei verhaftet meinen Chef nicht.

Warum haben wir Beschäftigte eigentlich keine Polizei? Das liege am Gewaltmonopol des Staates, belehrt mich der künftige Jurastudent. Dann ist das vielleicht ja gar nicht mein Staat, denke ich und rolle den Stein wieder ein Stück den Berg hinauf. Irgendwie müssen wir es doch schaffen, dass wir auch sowas wie ein Stück Polizei bekommen, wir gehören doch schließlich zur Blaulichtfraktion, *meint euer*

Michael Quetting

Nichts Gutes, außer man tut es

Auf der großen Krankenhausdemonstration am 8. März 2017 versprach Saarlands Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) den Pflegekräften im strömenden Regen: Im nächsten Landeskrankenhausplan werde es konkrete Vorgaben zur Besetzung des pflegerischen und ärztlichen Personals geben.

Man beauftragte einen Gutachter, er solle Vorschläge machen. Der gute Mann rechnete bis in den Spätherbst. Komplizierte Algorithmen kamen zum Einsatz, dann das Ergebnis: Die Fallzahl wird um 2,7 Prozent steigen, zum Beispiel in der Geriatrie sogar um 13,8 Prozent. Und Betten fehlen auch. Alles kann man ausrechnen. Nur eins offensichtlich nicht: Wie viel Personal muss es geben, um eine gute Versorgung zu gewährleisten? Das sei in Deutschland nicht evidenzbasiert, meint der Gutachter. Und die Arbeitgeber wollen das ja auch nicht. Wenn eine Pflegekraft allein 40 Patient/innen versorgen soll, dann kann das nicht funktionieren. Dafür braucht es keinen Gutachter und dessen Rechenkunststückchen.

Es gebe rechtliche Bedenken, heißt es. Komisch. Wenn wir aus dem Frei gerufen werden oder von der Mittag- auf die Früh- schicht springen, dann ist da kaum einer, der von rechtlichen Bedenken spricht.

Da ist es nun vorbei mit dem saarländischen Impuls. Und der Hoffnung vieler Pflegekräfte, die Landesregierung stünde auf ihrer Seite.

Also muss man doch warten, was sich die in Berlin mit den sogenannten pflegesensitiven Bereichen ausdenken. Man hört leider nichts Gutes. Hin und her soll geschoben werden, von Entlastung kann keine Rede sein. Von guter Pflege schon gar nicht.

Es gibt eben nichts Gutes, außer man tut es, wusste schon der Erich Kästner. Leider aber nicht die Regierung.

ver.di hat das auch bei der Anhörung im Saar-Landtag gesagt. Sollte das Ministerium keine Verordnung vorlegen, muss eine Pflegebesetzung auf der Basis der Pflegepersonalregelung (PPR) aus dem Jahre 1996 ab dem 1. Januar 2019 erfolgen. Um die Qualität auf Intensivstationen sicherzustellen, ist ein Stellen-schlüssel von einer examinierten Pflegekraft auf zwei Patientinnen und Patienten in allen Schichten zu gewährleisten. Allein-arbeit soll verboten sein.

ver.di weiß offensichtlich, wie es geht. Und die Pflegekräfte wissen es auch. Schließlich haben sie schon viermal für Entlastung gestreikt. Nicht nur im Saarland. Eine andere Sprache verstehen Arbeitgeber und Regierung offenbar nicht.

So ist das mit dem Guten. Wir müssen es einfach tun,
meint euer

Michael Quetting

Ist ver.di bipolar gestört?

Manchmal denke ich, unsere ver.di sei bipolar gestört, mal himmelhoch jauchzend und dann zu Tode betrübt, Manie und Depression.

Nicht erst seit gestern kämpfen wir für Entlastung, aktuell vorrangig im Krankenhaus, sowohl auf der politischen Ebene als auch in den Betrieben und mit der Tarifarbeit. Wir sind lauter geworden, mehr Menschen sind auf unserer Seite. Unser Ziel, ein Wahlkampfthema zu besetzen, ging, wenn auch spät, im Bundestagswahlkampf auf. So, als der junge Kollege der Kanzlerin unangenehme Fragen zur Pflege stellte oder als wir bundesweit mit der korrekten Händedesinfektion deutlich machten: Es fehlt an Kolleginnen und Kollegen. Aktionen und Streiks wie an der Charité, in Augsburg oder Düsseldorf zeigen den Ernst der Lage und unseren Willen, nicht locker zu lassen.

Das Thema ist in der politischen Arena. An manchen Stellen wird verhandelt, zumindest in einigen Bereichen will man Untergrenzen festsetzen, im Saarland will man 1.000 Pflegestellen schaffen ... Aber, richtig ändern tut sich nichts. Das Finanzierungssystem über Fallpauschalen sorgt weiter dafür, dass Personal eingespart wird. Viele meinen, das alles habe keinen Sinn. Die hören ja doch nicht auf uns. »Lass mich in Ruhe, ich bin müde

und will nicht mehr.« So eine liebe Kollegin gestern, als ich sie für die nächste Aktion gewinnen wollte.

Aber es gibt auch andere. Die sagen mir, dass alle Aktionen doch nur »Kindergeburtstage« seien. Auch sie sind unzufrieden. Wir müssten es machen wie die Piloten, heißt es auf Facebook. Warum sind wir nicht alle im Ausstand? Angesichts unerträglicher Arbeitsbedingungen brauchen wir schnelle Lösungen. Entlastung schenkt uns keine Regierung. Die müssen wir uns selbst erkämpfen. Keiner wird das für uns tun. Deswegen müssen wir überall die Organisation festigen und stärken, um einen Kampf durchstehen zu können.

Erfolge werden wir nur erreichen, wenn jene, die müde sind oder ängstlich, die meinen, es hätte ja doch keinen Sinn, wenn die mitmachen bei dem Sichwehren. Das betrifft Gewerkschaftsmitglieder wie Noch-Nicht-Mitglieder. Die Organisation ist die Voraussetzung für Erfolge.

Diese Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, das ist das berühmte dicke Brett. Und dazu brauchen wir die anderen, jene, die nicht mehr warten wollen, denen nichts schnell genug geht. Ihr brennt, ihr müsst die Kolleginnen und Kollegen anstecken, das ist jetzt unsere Aufgabe, damit unsere Interessen Realität werden,

meint euer

Michael Quetting

Immer nur Pflege?

»Immer nur Pflege. Immer nur die Krankenhäuser. Unser ver.di-Fachbereich ist doch mehr. Rettungsdienst, Reinigungskräfte, Physiotherapie, Altenpflege, Labor, Röntgen, Verwaltung, Sozialarbeit und und ... Über uns wird nie geschrieben.« So höre ich immer wieder.

Ja, dieser Fachbereich ist mehr als Krankenhäuser und auch mehr als Pflege. Und genau das zeichnet ver.di aus. Wir sind keine berufsständische Vertretung, die nur sich sieht, die Welt um sich herum nicht erkennt.

»Ihr kümmert euch zu wenig um die Pflege. Pflegende haben bei euch doch kaum etwas zu sagen. Wir haben keine Lobby, wir brauchen deshalb eine Standesvertretung für Pflege.« So höre ich es auch.

Eine Lobby? Jemand, der für Geld versucht, unsere Interessen bei der Politik durchzusetzen. Machen wir es wie der Pharmakonzern. Der kauft sich seine Experten und dann beeinflussen wir die Entscheidungsträger mal fleißig. Mal schauen, ob wir so viel Kohle wie die auftreiben, um Interessen zur politischen Realität werden zu lassen.

Was sind wir aber nun? Wir schließen uns zusammen. Zusammen wollen wir mehr erreichen. Das Gemeinsame finden und

gemeinsam durchsetzen. Wir geben unsere Rechte nicht beim Gewerkschaftssekretär oder Betriebsrat ab.

Und dabei überlegen wir stets, wie man möglichst effektiv und schnell für viele etwas erreichen kann, wer und wo was am besten für alle durchsetzen kann. In den Krankenhäusern sind wir viele, hoch organisiert in komplexen Prozessen. Wir können organisieren und wenn wir es tun, dann können wir auch viel erreichen. Erkämpfen die Unikliniken mehr Personal für die Krankenpflege, dann werden wir auch bald eine Verbesserung in der Altenpflege erhalten. Gelingt es uns, für die Pflege eine Personalbemessung durchzusetzen, dann ist der erste Schritt getan, dies auch im Reinigungsdienst oder Labor umzusetzen.

Wir fordern mehr Personal und Entlastung für alle Bereiche. Wir lassen uns nicht spalten und gegen-einander ausspielen. Weder die eine Berufsgruppe gegen die andere, noch das kommunale gegen das kirchliche Haus, nicht das Haus mit roten gegen das mit schwarzen Zahlen.

Viele in der Pflege sind aktiv und mutig geworden. Aber wir erkennen auch, dass es nicht wenige gibt, die noch zweifeln. Wenn wir gewinnen wollen, brauchen wir alle.

Das ist unser Problem, aber auch unsere Chance. Und daraus speist sich unsere Zuversicht,
meint euer

Michael Quetting

Der Gröhe hat es gesagt. Genau, der Hermann, der Bundesgesundheitsminister. Was für ein tolles Wort. Was ist das nur?

Die beim Ministerium angesiedelte Expertenkommission hat festgestellt, dass man für eine sichere Patientenversorgung mehr Personal brauche. Und nun müsse man eben in den pflegesensitiven Bereichen Personaluntergrenzen vereinbaren. Hört sich erst mal gar nicht schlecht an. Passt ja irgendwie nicht zur Logik der Fallpauschalen, der DRG.

Aber, gemacht. Damit das nicht so schnell geht, hat man die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Gesetzliche Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit der Privaten Krankenversicherung beauftragt, bis 30. Juni 2018 mal ein paar Vorschläge zu machen. Gerade hat man sich erst auf dem 16. Nationalen DRG-Forum heftig gezoft. Thomas Reumann von der Krankenhausgesellschaft hält nichts von bundesweit einheitlichen Personalvorgaben für die Krankenhäuser in der Pflege.

Keine gute Voraussetzung, wenn man nun aber solche Vorgaben für pflegesensitive Bereiche machen soll.

Was ist denn nun pflegesensitiv? Ich schaue im Internet. Ich lese: »Reine Pflege Sensitiv Seife.« Das meint der Gröhe doch nicht? Aber was dann? Sensitiv bedeutet dünnhäutig, überempfindlich,

zimmerlich und tüttelig. Also, überempfindliche oder zimmerliche Pflege. Was denn nun?

Meine Kollegin klärt mich auf. Man meine die Bereiche, in denen Pflege besonders wichtig sei, zum Beispiel auf Intensiv. Ich verstehe. Am dermatologischen Krankenbett geht es nicht so dünnhäutig zu und beim chirurgischen Patienten ist Überempfindlichkeit nicht gefragt. Oder wie? Bis dato hatte ich immer gedacht, dass die Pflege stets sensitiv sei.

Wo Pflege gebraucht wird, wird Pflege gebraucht. Wo ein Patient oder eine Bewohnerin, da muss auch Pflege sein. Und zwar so viel wie nötig. Oder wir stellen nur noch Piloten in flugsensitiven Flugzeugen ein, oder Minister in ministersensitiven. Letzteres könnte man ja mal bedenken.

Was wir brauchen, sind Personalvorgaben für alle Bereiche. Man nennt das auch Personalbemessung. Wir erwarten Vorgaben, die kurzfristig die nötige Entlastung für die Pflege bringen. Dazu bedarf es Klarheit. Untergrenzen dürfen nicht ohne Konsequenzen unterschritten werden. Stellen müssen geschaffen werden. Das ist das, was wir vom Gesetzgeber fordern. Sensitiv. Und zwar bald.

Apropos, sensitive Seife für die Pflege. Einseifen lassen wir uns nicht,
vermerkt euer

Michael Quetting

Postfaktisch

Postfaktisch. Zum Unwort des Jahres wurde es bestimmt. So teilt die Gesellschaft für deutsche Sprache mit. Auch die Kanzlerin hat es in ihrer Selbstkritik gebraucht.

Wörtlich höre ich »nach-faktisch« oder »hinter den Fakten«, also »im eigentlichen Sinne«. Aber das meint es nicht. Das Adjektiv meint, dass es heute im gesellschaftlichen Diskurs zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten gehe. Fake-News sind der neue Trend. Jede und jeder meint, der andere sei postfaktisch. Dann hat der die Wahrheit gepachtet, der besonders clever in Facebook liken kann.

Und, wie ist das bei uns? Wie hält es ver.di mit Fakten und Gefühlen?

Nehmen wir zum Beispiel die Situation in den Krankenhäusern. Wir haben die Fakten auf den Tisch gelegt. Es fehlt an Personal, an Anerkennung und Wertschätzung. Wir haben Zahlen genannt, zum Beispiel, wie viele Stellen fehlen, wie viele Patient/innen hier im Gegensatz zur sonstigen Welt eine Pflegekraft versorgen muss. Und wir haben Alternativen genannt, gesetzliche Personalbemessung als Lösung eingebracht.

Und unsere Gefühle? Der Gesetzgeber hat das System erfunden, das uns in die Knie zwingt. Die Arbeitgeber meinen, wir

sollten uns besser organisieren. Die Politiker sagen in Wahlkämpfen, dass wir tolle Arbeit machen würden, aber ändern wolle man nichts. Wir wissen, dass wir nicht so arbeiten können, wie wir wollen. Und sehen, wie Patient/innen ungenügend versorgt werden. ver.di macht Druck: Aufstehn für die Pflege.

Fakten und Gefühle fallen in dieser Gesellschaft offensichtlich ganz unterschiedlich aus. Wir »hier unten« trauen »denen da oben« nicht. Jene biegen sich ihre Wahrheit zurecht. Manchmal haben wir dies nur im Gefühl, unsere Fakten nehmen die ja gar nicht zur Kenntnis.

Erkennen wir unsere Lage, dann werden uns auch keine demagogischen Führer verführen. Um erkennen zu können, bedarf es einer solidarischen Organisation, die uns stark macht, die unsere Fakten analysiert und unsere Gefühle kennt. Damit wird nicht alles toll, aber ohne sie erreichen wir nichts.

Und deswegen sollte ver.di den Begriff postfaktisch nicht nur zur Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Erscheinungen benutzen, sondern als Handlungsaufforderung verstehen. Unsere Fakten und Gefühle sprechen für unser Handeln. »Ein jeder leidet, der nicht für sich selbst handelt. Man handele für andere, um mit ihnen zu genießen«, meinte der olle Goethe und dem schließe ich mich gerne an,
vermerkt euer

Michael Quetting

In Sibirien

Dieses Jahr im Sommer war ich in Sibirien. Tschüss Europa. Den Ural durchquert. Guten Morgen, Asien. Mit der Transsibirischen Eisenbahn fahren wir tagelang durch schier unendliche Weiten. Stundenlang saß ich am Zugfenster. Die Gedanken verloren sich in der Weite der Taiga.

Dicht ist der Wald. Kiefern und Birken, Fichten und Tannen soweit das Auge reicht. Gleichförmige, endlose Weizenfelder, Birkenhaine. Moose, Sumpf. Blauer Horizont trifft im Unendlichen die Erde. Wo ist der Anfang, wo das Ende? Eine Weite, die einen besessen werden lässt. Der Zug rattert gleichmäßig. Krrrdong, Grrrdong, Brrrdong und der Samowar blubbert beruhigend. Wir bewegen uns vom Westen Richtung aufgehende Sonne. Am aufgehenden Licht, daran orientiert man sich.

Und ich? Ist das die Entschleunigung, von der mein Freund Hans spricht? Flucht vor den Problemen. Ich bin dann mal weg. Weit weg. Vom Stress des Alltages. Vom Ärger über fehlendes Personal und katastrophale Arbeitsbedingungen.

Zug fahren und Tee trinken – Welch eine Erholung. Die Probleme muten hier so klein an, so unbedeutend. Und dieser Zustand des Gleichklangs scheint kein Ende zu haben. Das rhythmische Rattern wirkt wie eine befreiende Hypnose. Krrrdong, Grrrdong, Brrrdong.

Aber, unsere Erde ist keine Scheibe und irgendwann ist man wieder da, wo man losgefahren ist. Davonfahren ist nicht. Auch die schönste Reise hat ein Ende.

Es ist zwar kein Sommer mehr, aber die Probleme sind noch da. War doch nichts mit der Unendlichkeit der Taiga. Weglaufen hilft nicht. Es ist wie mit dem Hasen und dem Igel. Sie holen uns ein, diese Probleme. Machen uns kaputt. Das Gesundheits- und Sozialsystem macht krank und ist asozial. Ist das nicht pervers?

Aber wir haben unseren Blick geschärft. Schaffen Strukturen, um Entlastung durchsetzen zu können. Veränderung braucht Zeit, Geduld und Ausdauer. Entlastung verkauft uns niemand am Fahrkartenschalter. Und die Regierenden verschenken sie auch nicht für eine Wählerstimme. Die Entlastung und Aufwertung holen wir uns nur mit unserer Gewerkschaft und mit Arbeitskämpfen. Und nicht ganz so entschleunigt, sondern mit mehr Dampf und Wucht.

Für mich liegt Berlin im Orient und auch die Charité. Orientieren wir uns daran. Es geht vorwärts mit Krrdong, Grrrdong, Brrrdong, mit Ausdauer, Zuversicht und einer Gemeinschaft, die alles bewegen kann, wenn sie nur will,

meint gut erholt euer

Michael Quetting

Täglicher Notstand

Euer Streik gefährdet das Leben von Patienten, hieß es im April. Die Arbeitgeber diktierten dies den Pressevertretern in deren Laptops. Im Saarland meinte sogar die Gesundheitsministerin, den Streik rügen zu müssen, »Leib und Leben von schwerkranken Kindern« seien in Gefahr, obwohl ver.di die betroffene Kinderklinik ausdrücklich aus dem Streik heraushalten wollte. Gefahr für das Grundrecht der Patienten auf körperliche Unversehrtheit, muss man da das Streikrecht nicht ein wenig einschränken? Patientengefährdung, will das wer?

Eine Pflegekraft lässt ihre Patientinnen und Patienten nicht im Stich. Deswegen kämpfen wir gegen die miserablen Arbeitsbedingungen. Es gibt viel zu wenig Personal. Durch den enormen Stress werden jeden Tag die Gesundheit und das Leben vieler Patienten gefährdet. Wir wollen eine verbesserte Patientensicherheit. Deshalb halten wir selbst während Streiks bestimmte Leistungen weiter vor.

Wer regt sich über den täglichen Notstand auf? Die Gesundheitsminister? Die Regierung? Die Arbeitgeber? Irgendwie, ich höre nichts. Auf dem so genannten Controller-Tag in Potsdam meinten die Kostenrechner sogar, feststellen zu können, es gäbe keinen

Zusammenhang zwischen Qualität und Anzahl der Pflegekräfte. Vielleicht können die Herren die verschiedenen Studien nicht lesen, sind schließlich in Englisch.

Plötzlich scheint die Welt unterzugehen, wenn wir nicht mehr nur auf dem Boden liegen. Plötzlich brauchen sie mehr Personal als im Alltag. Plötzlich sind Patienten gefährdet. Wahrlich eine verrückte Welt. Jeden Tag geht es im Krankenhaus um Menschen und Menschenleben. Wer weiß das besser als wir? Deswegen wollen wir bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Für den täglichen Normalzustand. Wir verlieren niemals die Verantwortung für die Patienten aus dem Auge. Das unterscheidet uns von den Verantwortlichen, die die Krankenhäuser dem Markt überlassen wollen.

Wer sich über unsere Streiks aufregt und über unseren Alltag in den Krankenhäusern und Pflegeheimen schweigt, muss sich als Heuchler bezeichnen lassen. Und diese brauchen uns auch nicht mehr an Feiertagen auf die Schulter klopfen und sagen, wir würden unmenschliche Arbeit leisten. Das wissen wir selbst. Ihr habt die Schuld. Haltet einfach euren Mund, ihr gefährdet durch eure Politik die Patienten und unsere Gesundheit. Nicht der Streik gefährdet Menschenleben, sondern der Normalzustand.

Verantwortungsvolle Pflegekräfte kämpfen. Das zeichnet uns aus,
meint selbstbewusst euer

Michael Quetting

Internationaler Frauentag

Am 8. März war Internationaler Frauentag. Weltweit. Es gab Aktionen, Veranstaltungen und Reden. Das interessiert uns. Arbeiten wir doch in einem Bereich mit einem hohen Frauenanteil.

Wir stellen auch die Berufe mit besonders hoher Arbeitsbelastung, mit schlechter Bezahlung und gefährdeter Gesundheit. Irgendwie werden wir nicht wertgeschätzt. Ob es da nicht einen Zusammenhang gibt?

Nehmen wir ein Beispiel für besondere Ausnutzung und Ausbeutung: Die Servicekräfte auf Stationen im Krankenhaus. Was früher eine Pflegekraft machte, wird auf Pflegehelferinnen übertragen. Klingt so vernünftig, so betriebswirtschaftlich, so effektiv, so viel billiger. Schließlich ist dafür ja die Pflegekraft zu teuer. Meint auch manche Pflegekraft, die nicht merkt, dass dadurch die Verdichtung ihrer Arbeit weiter zunimmt.

Damit das gescheit klingt, nennen die Großtuer es »Skillmix«. Ist in echt nichts anderes als Lohndumping. Reicht aber nicht. Die Tätigkeiten hätten nichts mit Pflege zu tun, sagen die Besserwisser aus der Chefetage. Man nennt es Hauswirtschaft und schon wieder wird es billiger. Reicht denen aber immer noch nicht. Jetzt kommt noch Outsourcing in die Servicegesellschaft, ohne oder zumindest mit schlechterem Tarif und noch mal wird alles billiger.

Und sie rücken nur Teilzeitarbeit raus. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben wir nun.

Not und Armut sind die Folge, geschaffen von Politik und Unternehmen – auch von jenen, die meinen, die Gleichberechtigung wäre erreicht, wenn in der Schrift die Geschlechter-Lücke, oder auf schlau Gender-Gap, richtig angewandt wird. Schon heute können viele nur als Aufstockerin durchs Leben kommen. Und selbst wenn sie 45 Jahre arbeiten, sie werden in der Altersarmut enden. Eine Schande! Jeder, der daran beteiligt ist, sollte sich schämen.

Aber, das ist ja billiger. Wirklich? Für die Unternehmen, sicher. Für die Gesellschaft auch? Wir zahlen drauf, zumindest solange wir unsere Kolleginnen nicht verhungern und unter der Brücke schlafen lassen.

Das ist nicht nur ein Skandal, der zeigt, wie man hierzulande mit Frauen umgeht. Diese Lohndrückerei trifft auch die Männer, ob im Gesundheits- oder Sozialbetrieb oder sonst wo.

Und wenn ich das mit dem richtigen gendern auch nicht verstehe, soll ich nun das Binnen-I verwenden oder den Unterstrich oder das Sternchen, beim Kampf für bessere Tarife und gegen Outsourcing kämpfen wir gemeinsam. Frau und Mann. Das will ich verstehen, nicht nur am Frauentag,

verspricht euer

Michael Quetting

Salat mit Zucker

Also, so kann es nun wirklich nicht ewig weitergehen. Das mit den Flüchtlingen. Man muss das ja mal aussprechen dürfen. Kann ja nicht sein, dass alle Menschen der Welt nach Deutschland kommen. Nein, das kann echt nicht in Ordnung sein.

Es gibt ja einige Dinge, die einfach nicht gehen. Salat mit Zucker zum Beispiel. Oder Eier mit dem Messer köpfen. Aber das sehen andere wieder anders. Wir wollen uns ja nicht über Geschmack streiten. Aber gibt es nicht Sachen, die eindeutig sind?

Zum Beispiel das mit den Rüstungsexporten. Deutsche Gewehre und Panzer mögen zwar manchmal nicht genau treffen, aber Elend und Tote verursachen sie schon. Flüchtlinge sind die Folge. Das darf so nun wirklich nicht weitergehen.

Der Exportweltmeister Deutschland verursacht in dieser Welt Not, auch Hunger, zumindest ist man beteiligt am Elend, von dem man sich mit Tricks jahrelang abschotten konnte. Jetzt klopft das Elend an das Gartentürchen. Diese Fluchtursachen können nun wirklich nicht weiter betrieben werden.

Die Daseinsvorsorge wird reduziert, es fehlt an bezahlbaren Wohnungen, an Sozialleistungen in den Kommunen, an kleinen Klassen und Gruppen in Schulen und Kitas, an Personal in den Altenheimen und Krankenhäusern. Da bleibt für die Armen nicht

viel übrig, ob deutsch oder Flüchtling. So kann es nun wirklich nicht weiter gehen.

Wir sollen bis 67 arbeiten, manche sind dafür arbeitslos und fallen in Hartz IV, zu viel zum Sterben, zu wenig zum Überleben. Immer mehr Kinder sind arm. Jetzt haben wir Tafeln und verteilen Lebensmittel an bedürftige Menschen. Eine Schande im reichen Land. Das darf nicht sein, für niemanden, egal ob Oma oder Roma.

Während die einen immer ärmer werden, werden wenige andere immer reicher. Das Privatvermögen beträgt mit zehn Billionen Euro fast fünf Mal so viel wie die gesamten öffentlichen Schulden in Deutschland. Doch dieser Reichtum gehört größtenteils einer kleinen Minderheit: Das reichste ein Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten zehn Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel.

Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unterm Strich Schulden: Ihr gehört zusammengenommen ein einziges Prozent vom Gesamtvermögen. Das kann nun wirklich nicht sein,
meint euer

Michael Quetting

Mit Herz und Verstand

Eins muss man ver.di lassen. Diese Gewerkschaft kämpft und streikt. Nehmen wir den Sozial- und Erziehungsdienst. Nehmen wir die Pflege. Aber, der Erfolg blieb aus, also, ich meine, der richtige Erfolg.

»Da kommst doch nichts für mich raus«, schon gehört das Argument? Gescheit oder gescheitert? Was so drei Buchstaben ausmachen. Tipps gibt es von allen Seiten. Manche, um uns zu stärken, manche, um uns zu schwächen. Weniger rabaukenhaft, sagen die einen, erbarmungsloser, sagen die anderen.

Dabei wird gerne vergessen, wie kompliziert die Lage ist. Die Krise, Griechenland, Schuldenbremse, Ungerechtigkeit, Hartz IV, prekäre Arbeitsverhältnisse, zu wenig Personal, Sozialabbau – alles hängt zusammen, ist isoliert betrachtet gar nicht zu lösen. Schwierige Probleme, keine einfachen Antworten. Wir brauchen den berühmten langen Atem.

Das Tolle an unserem Laden ist aber, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, wir benennen die Probleme, und wenn die Mitglieder sagen, nein, so geht es nicht, dann geht es auch so nicht.

Ich will jetzt nicht die Welt schön reden. Aber es freut mich schon, in dieser Gewerkschaft zu sein. Wir machen Sachen, die sonst keiner kann. Wer hat die Aufwertung der sozialen Berufe

auf die Tagesordnung gesetzt? Wir. Wir fordern nicht nur am Equal Pay Day die Aufwertung von frauentypischen Berufen, wir sind die, die konkret dafür kämpfen. Wer thematisiert den Pflegenotstand? Wir. Wer sagt, gerecht geht anders? Wir. Unsere Mitglieder sind mit Herz und Verstand bei der Sache, wir handeln, und wir fürchten auch nicht den Streik.

Nur, wir müssten halt mehr sein, und wir müssten mehr Aktive sein. Wir sind zu schwach, um eine andere Politik durchzusetzen. Allerdings, so schwach sind wir auch wieder nicht, natürlich gelingt uns auch der eine oder andere Erfolg. Ich sag nur: Streik bei der Charité. Eben, nicht nur geschwätzt, wir kämpfen. Ich sag nur Mindestlohn. Ja, könnte besser sein. Nur, ohne uns wäre gar nichts.

Allerdings, ohne deutliche Stärkung der Gewerkschaften wird uns eine Politik im Interesse der Beschäftigten nicht gelingen, das ist auch wahr. Deswegen frage bitte heute noch deine Kollegin oder deinen Kollegen, ob sie oder er nicht mitmachen will – bei uns in verdi. Wir brauchen sie, dringend,

meint euer

Michael Quetting

Johannistag

Diesen Johannistag am 24. Juni 2015 wird man sich merken. Wenn mancherorts um die Johannisfeuer getanzt wird, das Johanniskraut blüht, die Johannisbeeren reif sind, wenn die Johanniskäfer glühen und die Ernte beginnt, wenn man keinen Spargel und Rhabarber mehr isst, dann ist Mittsommer, die Zeit der Sommersonnenwende.

An diesem Tag feiern Malteser und Johanniter ihr Fest und erinnern an Johannes den Täufer. Dieser soll nicht nur Jesu getauft haben, er steht auch als Seher für die Vision einer menschenwürdigen Gesellschaft, in der jede und jeder die Unterstützung erhält, die sie oder er für ein selbständiges Leben benötigt. Das Johannisfeuer soll die Flamme der Nächstenliebe, des Mitgefühls und tatkräftigen Helfens entfachen.

An diesem Tag werden 162.000 Menschen vor den Krankenhäusern stehen und ihre Not für jedermann sichtbar machen. Auch sie wollen eine Flamme entzünden.

Erst einmal geht es um das Krankenhaus, um fehlendes Personal. Es geht aber auch darum, dass Krankenhäuser nicht wie Fabriken geführt werden dürfen. Wir wollen für die Menschen da sein. Für die Kranken. Und wir wollen eine Arbeit, die uns nicht selbst krank macht.

Letztlich geht es um die Frage: Wie wollen wir leben und arbeiten? Soll nur der »schnöde Mammon« zählen oder dürfen wir noch Empathie mit unseren Mitmenschen haben?

Diese Fragen gehen die ganze Gesellschaft an. Deswegen darf auch jede Frau und jeder Mann an dieser Aktion um 13 Uhr mitmachen. Zehn Minuten für die Beschäftigten der Krankenhäuser sind zehn Minuten für uns alle. Die Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen freuen sich, wenn ihr sie anruft und werden euch schon im Vorfeld eine Nummer geben. Jeder, der es ermöglichen kann, sollte vor einem Krankenhaus stehen.

Und dann kommt sie vielleicht: Die Wende zu einer anderen Politik, zu mehr Personal und mehr Menschlichkeit. Und du bist dabei gewesen. Und in den Geschichtsbüchern wird stehen: Ab diesem Johannistag haben sich die Menschen nicht mehr alles gefallen lassen. Am Anfang standen die Beschäftigten der Krankenhäuser.

Ist doch eine schöne Vorstellung. Es liegt an uns, ob sie Realität wird.

Ich freue mich auf Johannis und den Sommer.

Euer Michael Quetting

Waschprüfung

»Am Donnerstag habe ich Waschprüfung«, so eine junge Kollegin. Ich lächle. Schon zu meiner Zeit hat mich der Begriff wie auch der Umstand, dass man in der Pflege nach einem halben Jahr Probezeit eine Prüfung ablegen muss, aufgeregt. Aber die Kollegin will nicht meine klugen Sprüche hören. Sie will Hilfe, denn bei ihr hängt viel von dieser Zwischenprüfung ab. Ihre Zukunft.

Und schon kommen viele Fragen. Soll ich duschen oder ans Waschbecken gehen? Wie mache ich was und wann? Wann soll ich das Wasser wechseln, wann zieht man Handschuhe an? Seife oder keine? Wie mache ich das mit dem Intimbereich? Pflegecreme ja oder nein? Wie gehe ich mit dem Nachbarpatienten um? Soll ich nun das Bett neu beziehen? Machen wir es wie sonst oder sparen wir während der Prüfung nicht?

Ich frage: Hat man das dir nicht gezeigt? Hat man das nicht mit Dir geübt? Schließlich wäschst du doch jeden Morgen gleich dutzendweise die Patienten.

Ja, das tut die Kollegin, sie arbeitet seit dem ersten Tag voll mit. Klar, vieles darf sie noch nicht, aber die Grundpflege, das ist Sache der Auszubildenden. Anleitung – nein, dazu ist keine Zeit. Und die gehetzten Examinierten? Die sind froh, wenn sie ihre Arbeit packen und haben nun wirklich keine Zeit für die Azubis.

Wer soll das machen bei der Besetzung? Die Kollegin hat keine Pflegekraft zugeordnet bekommen, eine Praxisanleitung hat sie nie gesehen. Beim Waschen war noch nicht einmal eine andere examinierte Kraft dabei. Realität 2015.

Nun gilt es, schnell zu helfen, zu retten was zu retten ist. Fällt die Kollegin durch, dann stellt die PDL peinliche Fragen. Nach Feierabend sprechen wir es mal in Ruhe durch.

Personalmangel macht die praktische Pflegeausbildung oftmals unmöglich. Kein Wunder, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen mit der Ausbildung unzufrieden sind. Die notwendige Anleitung unterbleibt.

Das will ver.di ändern. Mit dem Projekt »Praktisch. Besser. Jetzt« sollen in 30 Betrieben mit 10.000 Auszubildenden verbindliche Regelungen für die praktische Ausbildung erreicht werden. Wenn uns das gelingt, dann haben wir etwas getan zur Aufwertung der Pflege. Dazu braucht es mehr Personal. Das Recht auf gute Ausbildung ist in unser aller Interesse,

meint euer

Michael Quetting

An der Front

»Uns, die wir an der Front arbeiten, uns kann man nichts vormachen. Die Politiker haben doch keine Ahnung. Wer hier nicht schwitzt, soll schweigen. Ohne mehr Personal geht es nicht.«

So Schwester Birgit im Gespräch mit mir. Birgit arbeitet auf einer internistischen Station in einem Krankenhaus. Sie hatte am Vortag Mittagsschicht und nun Frühschicht. Illegal. Das weiß sie. Das letzte Frei hatte sie vor 14 Tagen. Aber, was soll ich tun, fragt sie mich. Fast resigniert. Da klingelt es Alarm. Birgit rennt los ins Zimmer 16. Reanimation.

An der Front. So sagt man. Klingt martialisch. Passt so irgendwie nicht in die Zeit – oder eben doch. Ukraine, Syrien, Irak. 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und 75 Jahre nach dem Zweiten.

Aber die Front im Krieg meint Birgit ja auch nicht. Sie gebraucht ein übliches Bild. Wir sind direkt am Patienten. Wir machen die notwendige Arbeit. Jeden Tag. Jede Nacht. Jeden Feiertag. Ganz vorne. Von Angesicht zu Angesicht.

Front kommt wie so vieles aus dem Latein und bedeutet Stirn, daraus entwickelte sich die Begrifflichkeit Kampfzone. So falsch ist der Begriff von Birgit folglich gar nicht. Der feine Unterschied

ist nur, dass wir nicht töten wollen, sondern Leben retten bzw. erhalten. Dies nur nebenbei.

Auch unsere Arbeit hat etwas mit Kampf zu tun. Unsere Waffen sind unser Wissen und die Pflegehilfsmittel, auch die Medikamente und die Verbände. Wir kämpfen. Manchmal auch um das Leben derjenigen, die man uns anvertraut.

Unser Kampf heißt helfen. Doch militärisch geht es in der Medizin und Pflege durchaus zu. Anordnung. Diagnose. Therapie. Disziplin. Strategie. Taktik. Ausführung. Ausführungsverantwortung. Das ist unser Beruf. Wir stehen an der menschlichen Front und kämpfen.

Kämpfen – das können wir. Bis zum umfallen. Kämpfen mit Disziplin und Organisationstalent, engagiert und solidarisch.

Beste Voraussetzung für eine gute Gewerkschafterin oder Gewerkschafter. Wir müssten unsere Fähigkeiten nur für uns selbst einsetzen. Sozial und unbescheiden. Wer soll das besser können? Wir haben schließlich Fronterfahrung,

doppelsinnig feststellend

euer Michael Quetting

Voller Schmerz

Irgendwie liegen wir aus dem Gesundheitswesen und der Sozialen Arbeit auf dem Boden. Die von der Pflege zeigen das dann auch noch monatlich in Flashmobs. Gut so. Aber wann ändert sich was?

Man müsste, man sollte, wenn ich König von Deutschland wäre, das dürfte nicht passieren. Überall Konjunktive. Da wird an die Regierung appelliert, sie möge doch endlich mal Einsicht haben. Warum eigentlich? Die haben es doch erfunden. Die haben doch die Gesetze und Bedingungen gemacht. Warum sollten die ihre Meinung ändern, nur weil wir sagen, dass unsere Arbeit mehr Wert sei?

Setzt man auf Kampf, wie an der Charité oder bei den Ultimativen, erreicht man unter größten Kraftanstrengungen zwar durchaus Erfolge, doch die Problemlage wird höchstens gemildert, gelöst aber nicht.

Mancher Betriebsrat versucht es mit Ablehnung von Dienstplänen und dem Einklagen von sozialen Rechten. Mutig und schwierig, denn die Arbeitgeber haben in unseren Köpfen den Wettbewerb schon verankert:

Erst kommt unser Betrieb und dann die Interessen der Kollegin. Nein, ich rede keine Widerstandsform schlecht. Jede Tat zählt. Aber die Lösung der Misere wird damit nicht erreicht. Die

Politik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir brauchen einen Aufstand. Bald. Organisiert. Mächtig.

Grundbedingung dafür ist, dass wir das gemeinsam anpacken. Dazu brauchen wir unsere ver.di. Wir brauchen eine Organisation, die den Kampf führen kann. Es muss eine Organisation von uns selbst sein. Ohne Organisation wird es keine Veränderung geben.

Und da liegt auch die Antwort auf die Frage, was Jede und Jeder von uns tun kann. Konzentrieren wir uns nicht länger auf die Konjunktive, auf könnte und müsste man. Wir tun es: Jede werbe eine Kollegin und Jeder einen Kollegen und wir sind doppelt so stark. Die Kollegin darf auch einen Kollegen werben und der Kollege eine Kollegin. Da sind wir schmerzfrei.

Aber voller Schmerzen sind wir, wenn wir sehen, wie man mit unseren Klienten und Patienten umgeht und wie man uns dabei ausnutzt. Deswegen ändern wir das und holen uns, was uns zusteht. Und deswegen sprechen wir gleich morgen unsere Kollegin an und fragen sie, ob sie bei uns mitmachen will,

meint euer

Michael Quetting

So, da ist sie: die 50. Ausgabe der drei. Fünzig Mal ist diese Zeitung erschienen, als Beilage in der Publik, als Zeitung des ver.di-Fachbereiches mit der Nummer drei oder auch dem Namensungetüm »Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen«. Am Anfang fiel uns kein gescheiter Namen ein, da nahmen wir einfach die Fachbereichszählung. Grandios. Aber, keine Sorge, wir schreiben nicht über uns, wie toll wir sind. Nur ein kleiner Gedanke, den will ich mit euch teilen.

Die Zeitung folgt einem Grundsatz, niedergelegt in Richtlinien: Sie soll »nützlich sein für unsere Mitglieder«, die Interessen der Mitglieder aufgreifen im betrieblichen und berufspolitischen Alltag, so die Aufgabenstellung für die Redaktion.

Eine Nützlichkeitsoll die drei also sein. Englisch: ein tool. Ein Hilfsmittel, ein Werkzeug. Das Werkzeug soll verständlich sein, einfach zu handhaben und von konkretem Nutzen. Werkzeuge sind nötig, um die Umwelt zu verändern. Sie entstanden mit der Menschwerdung und beeinflussten diese. Der Faustkeil stand am Anfang. Wenn man sich Werkzeuge ansieht, kann man daraus auf den Stand der Menschwerdung Rückschlüsse ziehen.

Ob unser heutiges Werkzeug für das Gewerkschaftsmitglied stets so richtig nützlich ist, das müssen die Leserinnen und Leser

beantworten. Wir freuen uns, wenn ihr Anregungen habt, wie wir diese Werkzeuge weiter verbessern können. Das geht an Euch, denn das ist Eure drei. An uns geht auch was: Wir von der Redaktion sollten kritischer mit uns selbst sein und fragen, ob wir nicht bessere Werkzeuge haben bzw. wo wir die vorhandenen noch raffinierter machen können.

Um dieses herauszubekommen, müssen wir die Werkzeuge auch benutzen und anwenden. Die drei am Küchentisch zu lesen, ist gut. Sie aber als Werkzeug zu verstehen, um mit ver.di zu handeln, würde sie zur Waffe machen. Handeln bringt Erkenntnisgewinne, folglich steht am Anfang die Tat. Beim Vorwärtsschreiten im Kampf für unsere Rechte werden wir lernen, unsere drei besser zu machen und uns allen nutzbringend neue Werkzeuge an die Hand zu geben.

Lasst uns nützlich sein, machen wir uns an die nächsten 50 Ausgaben,

vermerkt optimistisch euer

Michael Quetting

Wertschätzung

»Wertschätzung. Der Wert wird geschätzt. Wertschätzung ist verbunden mit Respekt, Wohlwollen und Anerkennung. Ohne die wichtige Seelennahrung Wertschätzung geht der Mensch ein wie eine Primel.

Was verbirgt sich hinter diesem positiv klingenden Wort? Die Bedeutung steckt schon drin: Ich schätze etwas oder jemanden als wertvoll und teile mit, dass ich diesen Wert zu schätzen weiß. Deswegen gehört Empathie zu unserem Handwerkszeug. Wir wollen auch für uns Wertschätzung. Doch daran mangelt es überall.

Wert schätzen. Wie viel sind wir wert? Das mit dem Wert ist so eine Sache. Was ich gebrauchen kann, hat einen anderen Wert als Dinge, die überflüssig sind. Für den Hungernden ist das Stück Brot von hohem Wert. Der Wert eines Autos mag auch unterschiedlich sein. Was ist denn nun der Wert unserer Arbeitskraft? Wert schätzen scheint schwierig zu sein und ist wohl eine Frage, ob man den Wert braucht oder nicht, ob man ihn schätzt oder nicht.

Irgendwie hat das auch mit dem Preis zu tun. Alles hat seinen Preis. Den braucht man in der Regel nicht zu schätzen. Der steht dran. Am Brot, am Auto, am Kühlschrank und an der Urlaubsreise und irgendwie auch am Menschen bzw. an seiner Arbeitskraft.

Auch die hat ihren Preis. Und dieser Preis entspricht durchaus nicht immer seinem Wert, aber irgendwer muss ja den Wert geschätzt haben, um den Preis zu bestimmen?

Wir im Gesundheitswesen und in der Sozialen Arbeit verlangen eine Wertschätzung. Nein, damit meinen wir beileibe nicht nur den Preis. Aber den eben auch, denn ohne ein angemessenes Gehalt gibt es auch keine Wertschätzung. Was hat es für einen Wert, wenn wir uns um Alte, Kranke, Behinderte, Schwache und Kinder kümmern? Reichen ein Apfel und ein Ei? Was ist unser Preis?

Welche Werte hat eine Gesellschaft, die den Preis unserer Arbeitskraft niedriger ansetzt als die eines Bankers, der Millionen verzockt?

Unser Wert ist ohne Frage größer. Aber der Preis stimmt nicht. Und wer macht den Preis? Das sind wir alle mit unserer Gewerkschaft ver.di. Auf klug heißt das Tarifverhandlung und Arbeitskampf. Damit der Wert auch im Preis sich widerspiegelt,

meint wertschätzend

Michael Quetting

Nachts alleine

»In der Nacht ist der Mensch nicht gern alleine«, sang einst Marika Röck und meinte dabei wohl nicht die Nachtschwester auf Station oder im Wohnbereich.

Damals sprach man noch von Nachtwache. Die Anzahl der zu Pflegenden war deutlich kleiner und auch gesünder. Manche Kollegin konnte da noch ihre eigene Bügelwäsche mitbringen. Man hatte nur zu wachen. Heute herrscht nachts Hektik pur. Riesenstationen und ausufernde Wohnbereiche. Aus der Wache wurde eine Nachtschicht.

Durchgang. Lagerung. Alle zwei Stunden 120 Kilo hochziehen, auf die andere Seite legen, Kissen aufschütteln. Der eigene Rücken schmerzt. Windeln wechseln. Vitalzeichenkontrolle. Atmet sie? Was war das für ein Knall? Herr Schwarz ist aus dem Bett gefallen. Sturzprotokoll schreiben. Vorrat auffüllen. Frau Schorr ruft nach ihrer Mutter. Befunde abheften. Herr Fischer findet die Toilette nicht. Apotheke schreiben. Frau Frank hätte gerne ein Glas warme Milch. Durchgang. Frau Weiland kann nicht schlafen, erzählt von ihrem Enkelkind. Freundlich bleiben. Genervt sein. Überall Menschen und doch allein. Lächeln. Pflegeplanung evaluieren. Tabletten richten. Apropos, da war doch was, in der Schule brachten sie uns das Vier-Augen-Prinzip bei. Es klingelt.

Im Internet diskutiert man, ob alleine arbeiten in der Nacht zulässig ist. Spannende Frage. Der Anwalt sagt nein. Da lese ich, es geht um eine Druckerei. Ach so, bei der Pflege geht es ja bloß um Menschen.

Übergriffe. Ohnmacht. Gewalt. Arbeiten mit Angst. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege empfiehlt, Beschäftigte auf Alleinarbeitsplätzen immer mit Notsignalsystemen auszustatten. In spätestens 15 Minuten muss Hilfe da sein. So schreibt man. Die Realität ist anders. Der Laden muss ja irgendwie laufen, sagt die Chefin, dabei hat der Laden Stillstand, die Kolleginnen und Kollegen laufen und laufen. Wo laufen wir nur hin?

Was ich meine? Arbeiten nachts und alleine ist unmenschlich. Der Standard sollte zwei Kolleginnen in der Nacht sein. Zumindest sollte die zweite Kollegin in Rufweite anzutreffen sein.

Denn der Mensch braucht ein kleines bisschen Liebe im großen Weltgetriebe. Einesteils und andererseits und außerdem

findet

Michael Quetting

Endlich, ich bin mal ganz schön wichtig. Sagen alle. Es sind nämlich Wahlen. Und ich bin Wähler. Tolle Stimmung im Land, die wollen was von mir: meine Stimme.

Was mach' ich nur mit der Stimme? Ich soll sie abgeben. Natürlich für die richtige Partei. Und dann? Habe ich dann keine Stimme mehr? Für vier Jahre. Habe ich jetzt überhaupt eine? Fragen, die den Wähler bewegen. Zumindest mich.

»Hat doch alles keinen Zweck, die machen ja ohnehin was sie wollen«, so mein Schwager Klaus, der mir neulich bei einem Kasten Bier noch die Finanzkrise erklärte und meinte: »Der Deutsche an sich kämpft ja nicht, weil es ihm noch zu gut geht, und außerdem müsste man mal die Autoreifen anzünden oder so.«

Also der Klaus will seine Stimme gar nicht abgeben. Aber behalten will er sie auch nicht. Er will keine Wahl. So richtig stimmig ist das nicht. Er nervt halt mit seinem Gejammer, ändern tut der nichts. Aber sonst ist er nett, schließlich ist er der Mann meiner Schwester.

Nur, jetzt weiß ich aber immer noch nicht, was ich machen soll als Wähler. Die geschenkten Kugelschreiber und Luftballons für die Enkelkinder und die Rose für meine Frau auf dem Wochen-

markt am Samstag, klar habe ich die genommen, aber was sagen die schon aus? Und die Versprechungen – das weiß man doch.

Aber, so mein Freund Alfred, ob Personalnot, Rente mit 67 oder Steuergeschenke für die Reichen, das würden schließlich Politiker machen, die verquirlte Schei.... Ihr müsst verzeihen, der Alfred drückt sich nicht gerade gewählt aus, er neigt zu einer Fäkalsprache. Also, das alles fiel doch nicht vom Himmel, alles wäre durch Menschen gemacht und könne folglich von Menschen wieder geändert werden. Deswegen verschenke man seine Stimme nicht. Deswegen müsse man wählen gehen.

Wisst ihr, was ich mache? Ich setze auf einen Kompromiss: Meine Stimme verschenke ich mal besser nicht, ich gebe sie aber auch nicht ab. Wählen gehe ich allerdings. Bin ja nicht blöd. Will ja, dass man unsere Forderungen bemerkt. Aber ich behalte meine Stimme, denn Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Meine Stimme brauche ich. Auch nach den Wahlen. Damit die Politik unseren Schrei hört. Das ist doch stimmig,

bemerkt euer Wähler

Michael Quetting

Die Chinesen kommen

Sie kommen aus Bosnien, von den Philippinen, Rumänien und jetzt sogar aus China. Pflegekräfte aller Länder, beseitigt den deutschen Pflegenotstand! China bildet euch aus, das ist für uns billig.

In den Krankenhäusern hat ver.di nachgezählt: 162.000 zusätzliche Stellen braucht man dort, rund 70.000 allein in der Pflege. In den Altenheimen ist das Zählen schwieriger, aber der Personalmangel noch offensichtlicher. Ob stationär oder ambulant, bei vorschriftsmäßiger Arbeit würde das gesamte System Pflege zusammenbrechen.

Pflegekräfte fehlen schon heute, aber erst recht morgen. Insbesondere der Arbeitgeberverband Pflege ist in Panik und spricht von benötigten 200.000 weiteren Pflegekräften in den nächsten 15 Jahren. Friedhelm Fiedler von »Pro Seniore«, einer der größten privaten Anbieter für Altenheime, kommt ins Schwärmen, denkt er an die Chinesen, die sein Arbeitgeberverband Pflege anheuern will. Nur nebenbei: Ein ganzheitlicher Pflegeansatz hat viel mit Sprache und Kultur zu tun, wie jeder weiß, der schon mal etwas von den Aktivitäten des täglichen Lebens gehört hat.

Selbstverständlich wolle man nicht den Lohn drücken, wird der Chef des Verbandes, ein Thomas Greiner, in der deutschen Medienwelt zitiert. Die Chinesen würden nach Tarif bezahlt. Oh

Wunder. Peinlich nur für die Herren Greiner und Fiedler, dass kaum ein privater Anbieter nach Tarif bezahlt. Es war gerade dieser Arbeitgeberverband, der gemeinsam mit der evangelischen Diakonie einen höheren Mindestlohn in der Altenpflege verhinderte. Im Saarland, dort wo Herr Fiedler für die FDP Politik macht, gab es gerade einen Skandal mit rumänischen Bauarbeitern. Denen bezahlte man kein Geld und brachte sie dafür unmenschlich unter, ließ sie auf Styropormatten auf dem Boden schlafen. Moderner Menschenhandel, die Perspektive für chinesische Pflegekräfte?

Ich soll nicht so übertreiben, sagt meine Frau. Die Angelegenheit sei doch ein wenig komplizierter, so mit demografischer Entwicklung und so. Echt? Meine Antwort ist recht einfach. Ich bin für ein Antiblockiersystem, kurz ABS: Anständige Gehälter, Bessere Arbeitsbedingungen und Sichere Dienstpläne – und der Pflegenotstand wäre in drei Jahren gelöst

meint kopfschüttelnd

Michael Quetting

Bescheidenheit

Bescheidenheit sei eine Tugend, lehrte mich meine Mutter. Dann zitierte sie gerne Ludwig Anzengruber mit »Bescheidenheit ist der Anfang aller Vernunft« und erzählte mir schon als junges Kind das Märchen von Frau Holle, um mir deutlich zu machen, dass sich Bescheidenheit lohnt. Man nennt das Erziehung. Die Kirche spielte dabei auch eine Rolle, wie ihr euch denken könnt. Bestimmt wisst ihr, dass die katholische Kirche die Bescheidenheit zu einer der »zwölf Früchte des Heiligen Geistes« zählt.

Nun sagt meine gewerkschaftliche Freundin, Bescheidenheit sei eine Zier, aber weiter komme man ohne ihr. Die Menschen würden zur Bescheidenheit erzogen, damit sie ihre Rechte nicht selbst in die Hand nähmen. Gerade wir in den sozialen Berufen seien »unerträglich bescheiden«, wir litten unter dem »Helfersyndrom« und deswegen würden wir alles mit uns machen lassen. Wir müssten endlich unbescheiden sein, erst dann könnten wir selbstbewusst für uns selbst eintreten und uns selbst verwirklichen. Deswegen gehörte ich in Therapie.

Nun bin ich hin und hergerissen zwischen Freundin und Mutter, zwischen Bescheidenheit und Unbescheidenheit. Aber, ganz unter uns: Ich bin gern Helfer, und das lass' ich mir nicht vorwerfen, bei aller Bescheidenheit.

Ich mag dieses ständige Schielen auf die Vorteilsnahme nicht, diesen allgegenwärtigen Egoismus, dieses nur an sich denken. Wir wollen doch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle. Ist nicht gerade die Bescheidenheit die Tugend, die uns von dem Sittenverfall der Halsabschneider, der eiskalten Fondsmanger, der geldgierigen Verbrecher an Menschheit und Umwelt unterscheidet? Ich will nicht stets nur an mich denken müssen. Ohne Bescheidenheit kann eine Gruppe doch gar nicht funktionieren. Auch eine Gewerkschaft nicht. Das füreinander Eintreten, das nennen wir doch Solidarität. Wir wollen leben, einzeln wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald.

Ich will aber auch nicht, dass die Herren da oben mit uns machen können, was sie wollen. Bei aller Bescheidenheit, da sind wir unerbittlich.

Deswegen setzen wir uns für die Umverteilung der Vermögen ein. Das finden Mutter und Freundin richtig und macht mir Spaß,

meint ganz bescheiden,

Michael Quetting

Inklusion

Alle reden von Inklusion. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat den Begriff in den deutschen Sprachgebrauch eingeführt. Das Wort leitet sich vom lateinischen Verb includere ab und bedeutet beinhalten oder einschließen. Landauf und landab scheint es zum neuen Modewort zu werden. ver.di begrüßt den Paradigmenwechsel – weg vom staatlichen Fürsorgeprinzip, hin zum Recht auf umfassende und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Menschen mit Behinderungen sollen sich nicht mehr anpassen müssen, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können, sondern die Gesellschaft muss dahingehend verändert werden, dass alle Menschen – mit und ohne Behinderung – gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.

Ein ehrenwertes Ziel. Dazu gibt es jede Menge guter Ideen. Aber angesichts von Schuldenbremse und Abbau der öffentlichen Daseinvorsorge fragen sich viele, woher das notwendige Geld dazu kommen wird.

Das ist allerdings nur ein Teil des Problems. Wie, so frage ich mich, will eine Gesellschaft, die auf Ungleichheit basiert, die auf Konkurrenz und Wettbewerb setzt, Inklusion realisieren? Unsere einkommensungleiche Gesellschaft setzt auf Ausgrenzung und den Verlust sozialer Beziehungen. Diese Gesellschaft ist ge-

spalten. Darunter leiden nicht nur unsere Psyche und Physis. In Sonntagsreden wird von Gemeinschaftssinn gesprochen, am Werktag ist kein Geld dazu da. Mit prekärer Beschäftigung soll die Soziale Arbeit bewältigt werden, Wettbewerb ist die Lösung, »der Markt« wird es schon richten. Unterschiedliches anstatt Gemeinsames wird in den Mittelpunkt gestellt. Zusammenhalt wird zum Fremdwort.

In einer so gespaltenen Gesellschaft gibt es keine Inklusion. Die Realität in ihr heißt stattdessen Absonderung. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen gegen eine Inklusion. Das fängt schon in der Kindheit an, wenn Eltern verständlicherweise versuchen, die besten Wettbewerbsbedingungen für ihren Nachwuchs zu ermöglichen.

Die Umverteilung von unten nach oben ist nicht nur ungerecht, ihre ideologische Verherrlichung und die Realität des kalten sozialen Alltags machen Inklusion unmöglich,

prophezeit

Michael Quetting

Wir Profis

Die drei ist die ver.di-Zeitung der professionell arbeitenden Menschen im Gesundheitswesen, bei den sozialen Diensten, im Bereich der Wohlfahrt oder bei kirchlichen Trägern. Unser Anspruch und unsere Profession sind klar: Wir sind für die Schwachen und Kranken da. Wir sind die Profis in Erziehung und Sozialarbeit. Wir sind die Experten, die gelernt haben, bei Schicksalsschlägen, Defiziten und Problemen zu helfen. Das ist unsere Arbeit – egal was wir nun ganz konkret tun. Wir wollen das Gute und das nach besten Erkenntnissen. Dafür braucht man Profis.

Dieses Professionelle wird uns gerne abgesprochen, indem man sagt, man müsse nur gut sein wollen, das reiche zum Pflegen und Erziehen. Meist ist das frauenfeindlich, weil sozial zu sein nur zu gerne zur Fraueneigenschaft verklärt wird.

Und wenn es mal wieder kriselt im Land und Menschen ihre Arbeit verlieren, findet sich schnell eine Ministerin, die sich daran erinnert, dass es im sozialen Bereich einen Bedarf gäbe, so zuletzt bei den Kolleginnen von Schlecker, die Erzieherinnen und Altenpflegerinnen werden sollen.

Keine Frage: Wir sind dafür, dass der Personalnotstand beseitigt wird. Eine Umschulungsinitiative ist nicht schlecht. Aber bitte keine Schmalspurausbildung, keine weiteren Billigarbeits-

plätze, um angeblich den Fachkräftemangel beheben zu wollen! Die sozialen Berufe bedürfen einer gründlichen Ausbildung, in der Regel drei Jahre und mehr. Unsere Berufe sind kein Geheimnis. Aber Qualität muss gelernt werden. Wer die Ex-Schlecker-Beschäftigten umschulen will, der muss die Finanzierung für die drei Jahre sichern.

Überall mangelt es an Personal – ein Defizit, das nicht durch soziale Arbeit und Gesundheitsmaßnahmen zu beseitigen ist. Aufwertung unserer Arbeit, Bezahlung und Rahmenbedingungen, insbesondere die Personalschlüssel, müssen unserer qualifizierten und gesellschaftlich wichtigen Aufgabe entsprechen. Dazu brauchen wir eine andere Politik.

Ärgerlich nur, dass das niemand für uns erledigt. Die Regierung wird es nicht richten. Gemeinsam könnte es vielleicht klappen. Mit der Mehrheit der Bevölkerung, diesen berühmten 99 Prozent – auch das gehört zu den Aufgaben von uns Profis,

prophezeit euer

Michael Quetting

Alter Mann, was nun?

Wie ich das früher ungerecht fand: Ich war jung, hatte weniger Urlaub und weniger Kohle als die älteren Kollegen. »Na«, haben die mich getröstet, »werde Du mal so alt wie wir, dann kommst Du auch dran.«

Jetzt bin ich alt und stelle fest, dass wir nun Altersdiskriminierung haben: Die Jungen müssen zum Beispiel so viel Urlaub bekommen wie ich. Das finde ich grundsätzlich ja gut.

Nur, so ganz gerecht behandelt fühle ich mich nicht. Jetzt muss ich länger arbeiten. Mich persönlich hat es mit zehn Monaten erwischt. Mich nervt der Rentenklau und überhaupt, mir tun die Knochen weh.

Angst habe ich auch. Angst vorm Krankwerden zum Beispiel. Ich kenne mich ja aus mit der 2-Klassen-Medizin. Wer möchte schon gerne als 08/15-Patient ins Krankenhaus? Da ist man jetzt ja Kunde: Haste Geld, ist gut, haste keins, ist schlecht.

Und wenn ich nicht mehr kann, was dann? Meine zwei Töchter sind in der Welt verstreut – die können mich nicht pflegen, will ich denen auch gar nicht zumuten. So ein Treppenlifter wird mir auch nicht helfen, wenn ich dement werde. Jetzt schieben sie die Alten schon in die Slowakei ab, weil es dort billiger sei. Im »Stern« las ich einen Bericht: In zwei Plastiktüten Habseligkeiten eines

ganzen Lebens – und ab ins Ausland – da macht es das Pflegepersonal für weniger Geld.

Nur, ich möchte mich wenigstens auf Deutsch unterhalten können.

Ja, da kennt man das Gesundheits- und Sozialsystem und wirkt täglich in ihm. Und die Vorstellung, dass man es in Anspruch nehmen muss, macht einen ganz kirre. Alter Mann, was nun?

Ich solle mich nicht so anstellen, sagt meine Kollegin Elke. Man sei immer so alt, wie man sich fühlt. Was da wohl der alte Mann in der Slowakei jetzt sagt?

Noch bin ich fit, aber die Fragen und die Angst sind da. Eine Lösung gäbe es schon, sozusagen die Alternative. Wir sind doch Menschen. Die Würde ist unantastbar, steht im Grundgesetz. Hört sich gut an, ist aber nicht so: Unsere Würde müssen wir uns erkämpfen. Bürgerversicherung ist das Stichwort. Jeder Mensch hat ein Recht auf Gesundheit und auf ein würdevolles Alter. Dafür zu streiten, lohnt sich; dafür bin ich noch nicht zu alt und wenn denn meine Kollegin noch mitmacht, dann bleibe ich auch länger jung.

euer

Michael Quetting

Wahrheiten

Wo ich auch hinschaue, die Menschen schütteln den Kopf. Man regt sich auf in den deutschen Landen. »Das darf doch nicht wahr sein!«, hören wir von überall her.

»Das darf doch nicht wahr sein«, sagt meine Cousine Ursel. Da haben die Banken die Krise verursacht und sind immer noch nicht entmachtet. Der kleine Mann, der nur zu oft eine Frau ist, soll zahlen. Das sei unverschämt.

»Das darf doch nicht wahr sein«, empört sich die Rentnerin im Fernsehen. Da habe der Mensch sein Leben lang gearbeitet und nun im Alter sei er arm. In den Altenheimen gibt es zu wenig Personal. Das sei unmenschlich.

»Das darf doch nicht wahr sein.« Kollegin Claudia erzählt von ihrem Vorgesetzten, der sie ohne jegliche Rücksicht schon vier Wochenenden hintereinander zur Arbeit gerufen hat. Ihr Mann sei sauer, ihr Kind weine. Das sei doch nicht familienfreundlich.

»Das darf doch nicht wahr sein.« So lese ich im ver.di-Flugblatt. Einerseits habe die Kirche einen hohen moralischen Anspruch, andererseits schaffe sie selbst prekäre Arbeitsverhältnisse und erlaube noch nicht einmal das Streiken. Das sei unchristlich.

»Das darf doch nicht wahr sein«, sagt mein Betriebsratsvorsitzender. Die Arbeitgeber verkünden, dass wir zu viel verdienen

würden; Bescheidenheit sei eine Tugend. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Das ist ungerecht.

»Das darf doch nicht wahr sein«, so lese ich im Kommentar der Zeitung über die Affäre des Herrn Bundespräsidenten. Er sage nicht stets die volle Wahrheit, seine Reisen zu den Reichen seien fragwürdig. So gehe es nun schon gar nicht. »Das darf doch nicht wahr sein!« Manche steigern sich noch: Das kann doch nicht wahr sein, stellen die dann fest. Ist es aber! So ist die Realität.

Warum meinen wir nur, dass diese Realität nicht wahr sein könne? So funktioniert nun mal der Kapitalismus.

Wer eine andere Wahrheit will, der muss die Realität verändern. Wahrheit ist konkret, haben schon Kirchenvater Augustinus und auch der alte Hegel gesagt.

So ist das auch mit der Wahrheit bei den Nazi-Terroristen. Da soll ja der Verfassungsschutz mit Geld und so geholfen haben. Mindestens zehn Tote gab es. Ist halt erfolgreich, wenn man V-Leute einsetzt. Allerdings kann man dann ja die NPD nicht verbieten. So etwas nennt man Dilemma. Oder?

»Das darf doch nicht wahr sein«,

schreit

Michael Quetting

Erich und der liebe Gott

Also der Erich von der Redaktion hat mir das eingebrockt. Der Papst war in Deutschland. Die Kirchen zahlen keinen Tarif und pflegen ihr eigenes Arbeitsrecht. Der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Nächstenliebe treibt Blüten. Schlechterstellung ist ungerecht. ver.di will Tarifverträge mit den Kirchen. Schreib doch mal was, dass auch die Bibel sich für Gewerkschaften ausspricht, meint Erich.

Die Redaktionsmitglieder der drei waren verzückt. Alle gaben Tipps und Hinweise: »Genau, dazu musst Du mal einen Kommentar schreiben.« Schließlich sei der Exodus ein Beleg für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, doziert Tobias. Ja, die sind schon gescheit in der Redaktion. Exodus, so nennt man den im Alten Testament geschilderten Auszug der Israeliten aus Ägypten. Volker glänzt ebenfalls mit seinem Wissen: Die Israeliten kämpften gegen den Pharao, der diese zum Frondienst zwang.

Und die Plagen seien nichts anderes als gewerkschaftliche Druckmittel wie Streik und die Zehn Gebote sind dann der Tarifvertrag.

Ein wenig abwegig, aber warum nicht? Kann man ja so sehen, denke ich. Ich wälze Geschichtsbücher und stoße tatsächlich auf einen Streik bei einem Pharao, nämlich Ramses III., 1.115 Jahre vor unserer Zeitrechnung. Für die Rechte der Unterdrückten musste schon damals gekämpft werden. Und dann lese ich in der Bibel im 5. Buch Mose 24,14 und 15: »Dem Tagelöhner, der bedürftig und

arm ist, sollst du seinen Lohn nicht vorenthalten ..., denn er ist bedürftig und verlangt danach.« Ich schmunzle und denke an Outsourcing und Leichtlohngruppen. Scheinen nicht so ganz bibelfest zu sein, die Dienstgeber von Kirchen, Diakonie und Caritas.

Aber, was ist daran besonders? Diejenigen, die unsere Arbeitskraft kaufen, neigen doch stets alle dazu, uns zu bestehlen. Ausbeutung, wo wir hinschauen. Die Welt ist ungerecht. Und der Dienstgeber Kirche ist da keine Ausnahme. Egal, was sie schreiben oder predigen. Warum sollte es auch anders sein?

Irgendwie überzeugt es mich nicht, wenn ich mit der Bibel belegen soll, dass ver.di-Aktionen Sinn machen. Brauchen wir erst eine Autorität, wenn wir die Gerechtigkeit einfordern? Rettet uns doch das höhere Wesen? Wir nehmen unsere Rechte erst dann in die Hand, wenn das Bundesarbeitsgericht es feststellt oder dann halt der Europäische Gerichtshof oder gar der liebe Gott? Nein, liebe Redaktion, diesmal verweigere ich mich: Diesen Kommentar schreibe ich nicht.

Ein anderer Erich, der Schriftsteller vom doppelten Lottchen und dem fliegenden Klassenzimmer, hat auch mal provozierend gesagt, der liebe Gott sei aus der Kirche ausgetreten, und dieser Erich Kästner meinte: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.«

Egal, was man glaubt oder auch nicht, es liegt eben an uns selbst, die Zustände zu ändern,

meint

Michael Quetting

Wer schafft es im Krankenhaus oder Altenheim bis 65 Jahre zu arbeiten? Und bis 67? Und nun auch das noch: Die »Wirtschaftsweisen«, das sind jene Professoren, deren Prognosetreffsicherheit bekanntlich von jedem beliebigen Kaffeesatzleser übertroffen wird, bemühen erneut die Drohkulisse Demografie und plädieren für ein Rentenalter von 69 Jahren.

Die Bundeskanzlerin bedankt sich artig für das Gutachten und bezeichnet es als eine »wertvolle und wichtige Grundlage«. Ihr neuer Vize Dr. Rösler springt ihr brav zur Seite. Angela Merkel kritisiert dann noch die Rentenregelungen in anderen Ländern als zu großzügig. Sie entfacht damit antieuropäische Feindseligkeiten. Denn sie macht griechische, spanische wie portugiesische Menschen zum Sündenbock. Sie verschweigt die Schuldigen für die Krise bei den Großbanken. Das Motto lautet weiter: Abbau des Sozialstaates, damit die Reichen noch reicher werden.

Mit drastischen Beitragserhöhungen drohen Regierung und Arbeitgeber, falls wir zur Rente mit 65 zurückkehren. Dabei käme bei der Beibehaltung der Rente mit 65 auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen gerade einmal eine Beitragserhöhung von 0,6 Prozentpunkten zu. Das sind zum Beispiel bei einer Krankenschwester etwa sieben Euro im Monat.

Schon heute müssen über 50 Prozent der Menschen, die in Rente gehen, Abschläge in Kauf nehmen, im Schnitt 102 Euro – und dies bis zum Lebensende. Man kürzt uns die Rente, weil wir es nicht schaffen, bis 65 zu arbeiten. Das ist das Dankeschön für unsere Arbeit in der Tretmühle von physischer und psychischer Dauerbelastung in Wechselschichtarbeit.

Nur 9,2 Prozent aller 63-Jährigen und 6,3 Prozent der 64-Jährigen haben noch eine Vollzeitbeschäftigung. In den Gesundheitsdienstberufen sind sogar nur 2,6 Prozent aller Beschäftigten über 60 Jahre alt. Das Erwerbsunfähigkeitsrisiko liegt bei Krankenschwestern bei über 41 Prozent. Arbeiten bis zum Umfallen.

Eine echt tolle Perspektive. ver.di nannte den Vorschlag dann auch »aberwitzig«, was alles andere als witzig ist. Meine ehemalige Stationsleiterin Sr. Ingrid hat einen Verbesserungsvorschlag eingebracht. Man solle doch direkt von der Station eine Rutschbahn in die Prosektur bauen. So könnten die Beschäftigten »prozessoptimiert und praktisch ohne Umwege direkt von der Arbeit entsorgt« werden.

Gibt es da noch wen, der lacht? Sollte uns wirklich nur der schwarze Humor bleiben oder denken wir auch mal an uns selbst?

Gemeinsam, nicht irgendwann, sondern jetzt – denn der Druck muss raus,

meint

Michael Quetting

Ohnmacht

Ich bin betroffen. Mein Mitgefühl gilt den japanischen Menschen. Ich sehe im Fernsehen Kolleginnen in dortigen Krankenhäusern, die ohne Strom, Wasser und mit schwindenden Medikamentenvorräten auskommen müssen und aufopferungsvoll versuchen, den Menschen zu helfen. Meine Gewerkschaft hat zur Solidarität aufgerufen. ver.di will Mitgefühl, Zuversicht und Mut aussprechen.

Ich habe Angst. Angst vor nicht absehbaren Folgen. Für Japan. Für die Welt. Für mein Leben. Angst vor dem Atom im eigenen Land, vor Strahlen und Krebs. Ich starre in den Fernseher, verfolge die Sondersendungen, sehe die Not – will es nicht glauben. Die Katastrophe in Japan macht alle anderen Themen zur Nebensache.

Ich denke an meine Kinder, an meine Enkel. Ich komme mir so klein, so hilflos vor. Ungewissheit, Angst und Hilflosigkeit sind aufgekommen. Ich empfinde Ohnmacht – was soll ich tun?

Die Explosionen im Atomkraftwerk Fukushima sind die Folge eines Erdbebens und eines Tsunami. Bei einer Naturkatastrophe unbekanntes Ausmaßes, da ist man doch machtlos. Wirklich? Von einer fatalen Verkettung unglücklicher Umstände wird gesprochen. Ist da nicht noch mehr? Und die Verharmlosungen und Lügen? Es wird beschwichtigt. Alles sei gar nicht so dramatisch. Ich bin wütend über eine solch zynische Politik.

Ohnmacht. Ohne Macht. Aber, da gibt es doch welche, die haben Macht? Sind das nicht jene, die uns erzählten, Atomkraftwerke seien sicher? Zur Macht gehört doch auch zu sagen: »Das machen wir nicht!« Ohne Macht sind jene, die die Atomkraftwerke betreiben, sicher nicht. Sie sind sehr mächtig. Das erlebten wir gerade beim Ausstieg aus dem Ausstieg. Eine demokratische Kontrolle gibt es bei denen nicht.

Ohnmacht. Bin ich auch ohne Macht? Die Mehrheit spricht sich klar gegen Atomkraft aus. Wir leben doch in einer Demokratie, wo die Macht ja vom Volke ausgehen soll. Wieso habe ich da keine Macht? Hätte ich die Macht über die Atomkraftwerke, ich würde alle abschalten und zwar schnell.

Warum haben wir keine Macht, sind wir doch viele, ohne Zweifel die Mehrheit. Ohnmacht – das Gegenteil heißt Allmacht. Dem einen seine Allmacht, dem anderen seine Ohnmacht. Macht verlangt Gegenmacht. Das ist unsere Macht. Dann sind wir nicht mehr ohne Macht.

Was tun wir im Gesundheitswesen bei Ohnmacht? Schnelles Handeln ist angezeigt: Beine hoch, frische Luft – der Kreislauf muss wieder in Gang kommen. Eingreifen, handeln, nicht im Schock erstarren. Wir finden uns mit Ohnmacht nicht ab.

Ich schaue auf mein Enkelkind Pauline. Es lohnt sich, wenn wir handeln,

meint

Michael Quetting

Laut gelacht

Wir sind mittendrin in der fünften Jahreszeit. Karneval, Fastnacht, Fasching oder Fasnacht. Ausgelassen, fröhlich wird gefeiert, Narretei ist angesagt. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden in Köln die preußischen oder in Mainz die französischen Machthaber verspottet. Mehr Biss würde man sich heute wünschen.

Natürlich gibt es die Miesepeter. Die wenden ein, wir hätten doch gar nichts zu lachen. Die Ausblutung des Sozialstaates sei zum Weinen, die Zwei-Klassen-Medizin ein Skandal, der Pflege-notstand, die Arbeitsbedingungen in den Altenheimen, Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen – da kann einem das Lachen schon vergehen.

Warum eigentlich? Warum lachen wir eigentlich so wenig über jene, die es nicht gerne sehen, dass wir sie auslachen? Diese Strategen und Denker unterrichteter Kreise, all die nüchternen Rechner, die coolen Gewinner, die Durchblicker, die kommen und gehen, wie Hannes Wader im »Traumtänzer« singt, die sind doch zum Totlachen. Sie klagen über die Krise und schaffen sie neu. Sie lösen kein Problem, sondern schaffen neue. Wir werden bestohlen und belogen. Da können wir doch wenigstens über die Diebe lachen, über ihre Lügen, wenn wir sie dabei ertappen, über ihre Dummheit, über die Moral ihres dekadenten Lebens, über die

Phrasen ihrer Experten, die gerade mal das Gegenteil von dem erzählen, was sie uns letzte Woche weismachen wollten.

Haben wir nicht alle Grund, die auszulachen? Muss denen, die das gesamte Sozialwesen privatisieren wollen, nicht langsam mal das Lachen vergehen? Müssen wir sie nicht auslachen? Nicht nur in der Fastnachtszeit. Sie sollen nicht mehr auf unsere Kosten leben, wir sollten auf deren Kosten lachen.

Humor sei unser Mittel. Lachen stellt Autoritäten und gesellschaftliche Zustände in Frage. Wir verneinen damit unseren Respekt vor ihrer Autorität und Macht. Lachen wir sie aus!

Lachen ist gesund, so heißt es. Durch Hormonausschüttung werden beim Lachen das Immunsystem gestärkt, Endorphine ausgeschüttet, das Herz-Kreislauf-System angeregt; der Sauerstoffanteil im Blut steigt. Lachen macht halt Spaß und wer kennt nicht das angenehme Gefühl der Entspannung im Anschluss an das Lachen? Lachen – dafür gehen wir nicht in den Keller, das geht nur gemeinsam, ist ansteckend und gehört zur Gewerkschaft dazu.

Was gibt es Schöneres als Lachen? Wenn mein Enkelkind Pauline unbekümmert lacht, dann ist die Welt einfach in Ordnung. Kinderlachen, dem kann man sich einfach nicht entziehen. Paulines Heiterkeit ist meine Zuversicht, dass die Gerechtigkeit sich durchsetzen wird. Und die Gerechten lachen zuletzt,

meint

Michael Quetting

Licht im Dunkel

Irgendwie, die Stimmung war schon mal besser. Es ist dunkel, wenn ich morgens zur Arbeit fahre, und wenn ich abends nach Hause komme ebenso. Allerheiligen, Totensonntag, Buß- und Bettag, trübes Wetter – im November, da packt sie mich immer wieder, diese Traurigkeit. »Depression« ist jetzt überall das Thema.

Neulich bei der aktiven Mittagspause im Krankenhaus, einer Aktion im Rahmen der Kampagne »Gerecht geht anders«, sprach mich meine Kollegin Monika an. So richtig begeistert war sie ja nicht, als sie meinte: »Warum machen wir es nicht wie die Kollegen in Frankreich, in Griechenland oder auch in Stuttgart? Das ist doch ein Skandal, was die Arbeitgeber mit uns treiben. Manager ohne Moral schieben sich die Millionen in die eigene Tasche. Und die Regierung? Rente mit 67 und so, Gesundheitsreform, ein Diebstahl an erkämpften sozialen Errungenschaften; die da oben werden immer reicher und wir sollen alles bezahlen. Man könnte, man müsste, ver.di sollte, aber, die Angst, was soll man nur machen?«

Der Dichter Heinrich Heine hat es schon 1844 in seinem Wintermärchen gewusst: »Im traurigen Monat November war's. Die Tage wurden trüber. Der Wind riss von den Bäumen das Laub, da reist' ich nach Deutschland hinüber.« Nun, in Deutschland, da bin ich ja schon. Und unser Ziel ist auch bei Heine schon zu lesen:

»Verschlemmen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben.« Damit dies so wird, dafür sind wir fleißigen Hände in ver.di. In unseren Gedanken träumen wir von wärmeren und gerechteren Zeiten. Woran es mangelt, ist »die Tat von unserem Gedanken«, um weiter bei Heine zu bleiben.

Mein Enkelkind Pauline sieht dies alles nicht so verkrampft. Den Begriff »Resignation« kennt sie nicht. Sie stört die Dunkelheit wenig. Sie freut sich auf St. Martin am 11. November. Der teilte bekanntlich seinen Mantel. Es gibt ein tolles Martinsfeuer, eine Brezel und einen Laternenumzug. Und deshalb darf ich jetzt eine Laterne mit ihr basteln. Und die zünden wir dann an, ziehen lachend und freudig durch die Straßen und singen »Laterne, Laterne, Sonne, Mond und Sterne«, denn besser ein Licht anzünden als lediglich über die Dunkelheit klagen. An Weihnachten leuchtet dann schon der ganze Baum und dann werden die Tage auch wieder heller.

Es wird nicht so bleiben, wie es ist. Beim Gesundheitswesen. Bei der Rente. In den Städten und Gemeinden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte uns nicht auf der Rechnung.

Wir haben erst angefangen. Jetzt machen wir weiter. Der Optimismus von Pauline steckt halt an.

Und ver.di macht uns dabei Mut. Gehen wir voran und tragen den Protest raus aus den Betrieben.

meint

Michael Quetting

Ungerecht

Schon wieder nennt die Regierung es eine Reform im Gesundheitswesen.

Die Arbeitnehmer werden be- und die Arbeitgeber entlastet, denn die Arbeitgeberbeiträge werden in Zukunft auf 7,3 Prozent eingefroren werden. Da ist sie, die kleine Kopfpauschale, die Rösler-Prämie, die das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung weiter aushöhlt. Mit Zusatzbeiträgen sollen die steigenden Kosten im Gesundheitswesen künftig allein von den schwächeren Schultern getragen werden. Auch die Beschäftigten in den Krankenhäusern sollen weitere Opfer bringen. Wir erleben einen Diebstahl an Errungenschaften, die sich die Gewerkschaftsbewegung in Jahrhunderten erkämpft hat. Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler nennt das gerecht. Und er will es in Recht, sprich in Gesetz niederschreiben.

Die Bundesregierung treibt viele Menschen in unserem Land in die soziale Not und das gesellschaftliche Abseits. Es ist eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. An Großunternehmen, Hoteliers und Erben werden Steuergeschenke verteilt. Zugleich verordnet Schwarz-Gelb ein sogenanntes Sparpaket, nach dem ausgerechnet denen noch mehr genommen wird, die ohnehin am wenigsten und gerade mal das Nötigste zum Überleben haben.

»Das nennt Ihr gerecht?« So fragt ver.di. »Warum ist die Welt so ungerecht?«, fragt mich meine Enkelin Pauline. Überhaupt, was ist gerecht? Recht ist, was Gesetz ist – also auch die Rente mit 67, Hartz IV, das Sparpaket, die Schuldenbremse und die sogenannte Reform des Gesundheitswesens. Recht und Gerechtigkeit scheinen zwei verschiedene Dinge zu sein. Komisch, wie ich finde. Schließlich steckt doch in Gerechtigkeit das Wort Recht drin. Schon die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach wusste: »Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht.« Solange die Stärkeren das Recht bestimmen, scheint es ungerecht zuzugehen.

Gerecht geht anders. ver.di nennt ihre Vorstellungen. ver.di macht Mut und stark im Wirken für eine gerechte Gesellschaft. Damit Recht nicht ungerecht bleibt, braucht es starke Gewerkschaften. Alles, was Recht ist.

meint

Michael Quetting

Eine Frage

Ganz im Westen der Republik, da, wo sich die Regierungskoalition nach Jamaika benennt, da gibt es einen Untersuchungsausschuss des Landtages. Untersucht werden soll die Rolle des FDP-Politikers Hartmut Ostermann bei der Bildung der Regierungskoalition im Saarland.

Ostermann zahlte großzügig an Parteien und wichtige Personen. So standen neben dem Chef der Grünen und dem CDU-Innenminister auch bekannte SPD-Politiker auf Ostermanns Gehaltsliste. Der Mann mit dem schwarzen Hemd und der Sonnenbrille saß auch schon mal im Knast. Aber das Landgericht eröffnete das Verfahren nicht und Ostermann kam wieder frei. Nun wurden wieder Steuerverfahren gegen ihn eingestellt, just zum Zeitpunkt der Bildung der Koalition aus CDU, FDP und Grünen. Aber das hat miteinander gar nichts zu tun, so die Regierung. Wir leben schließlich nicht in einer Bananenrepublik. Punkt.

Fragt sich allerdings, wo denn dieser Ostermann das ganze Geld für Spenden an die Politiker her hat? Von wem holt er die Kohle für die Jobs von Politikern aller Farben, wenn die gerade mal außer Dienst sind?

Hartmut Ostermann ist u. a. der Boss der bundesweit größten Kette von privaten Altenheimen. Pro Seniore will keinen ver.di-

Tarifvertrag mehr, Arbeitszeitgesetz ist hier ein Fremdwort, auch andere Rechte scheinen dem »Paten von der Saar« nicht bekannt. In den Arbeitgeberverband Pflege schickte Ostermann den Ex-Chefredakteur der »Saarbrücker Zeitung« Friedhelm Fiedler – das war auch einer, der »untergebracht« werden musste – damit der Pflegemindestlohn nicht so hoch wird. Irgendwie müssen die vielen Gelder ja auch zusammenkommen, nicht wahr?

So betrachtet halten sich die Altenpflegerinnen und Altenpfleger von »Pro Seniore« eine ganze Landesregierung. Ist schon beachtlich, oder?

Nur eins versteht der lesende Arbeiter nicht: Warum unternimmt diese Regierung nichts für die Pflege und ihre Beschäftigten? Heißt es doch immer: Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird?

meint

Michael Quetting

Einer tritt beiseite

Martin Luther stampfte vor 500 Jahren vor dem Reichstag in Worms auf: »Hier stehe ich! Ich kann nicht anders.« Auch Michael Quetting stampft manchmal auf. Doch nur, weil er nicht stehen bleiben will. Er ist zutiefst überzeugt und versucht andere zu überzeugen: Wir können das ganz anders! Wenn wir uns bewegen.

Michael schaut dabei sehr genau, wie denn nun seine Tätigkeit zum notwendigen Glied wird, um aus Möglichkeiten tatsächliche Ereignisse werden zu lassen. Kurz: Er fragt stets – »was geht?« Und er verzweifelt oft, weil er sich überzeugt hat: Es ginge so viel mehr!

Scharf formuliert er, wenn er an anderen verzweifelt. Denn ihm scheint offensichtlich, wie die ihre und unsere Sache besser, stärker, und vor allem gerade jetzt vertreten könnten.

Er ist sich da auch der eigenen Verantwortung ganz sicher, die aus seinen Talenten erwächst: Nur wenn einige vorangehen, können andere aus dem täglichen Trott heraus und mitgerissen werden. Darum geht er voran, den Blick zugleich nach vorn und zurück, auf die, mit denen er losmarschiert.

Michael hat Vieles angepackt, was uns anderen erstmal unmöglich erschien. Hinterher habe ich mich manches Mal meines

Kleinmuts geschämt. Denn es ging doch, pfiffig, konsequent, zäh, mit sehr viel eingesetzter Zeit. Und wahrscheinlich wäre es ohne unser Zögern einfacher.

Wir haben wiederholt geklagt – »Über den Personalnotstand in den Krankenhäusern fehlen sichere Zahlen.« Michael hat nicht nur geklagt, er organisierte für uns eine bundesweite Befragung, dort, wo die Experten sitzen: Vor Ort. 162.000 fehlen. Die Zahl ist gesetzt.

Die Presse fragte an, ob wir Experten zu den Problemen der Gesundheitsbetrieben kennen. Michael hat so etwas nie frustriert abgewiegelt. Er machte sich selbst zum *Pflegeexperten*.

Michael hinterlässt also an seinem Arbeitsplatz große Schuhe. So schnell wird da keine und keiner hineinpassen. Doch Georgi Plechanov fasste es 1898 für uns recht ermutigend zusammen: »Nicht nur den ›Beginnern‹ allein, nicht allein den ›großen‹ Männern steht ein weites Tätigkeitsfeld offen. Dieses Feld steht allen offen, die Augen haben, um zu sehen, Ohren, um zu hören, und ein Herz, um ihre Nächsten zu lieben.«

Tobias Michel

Keine halben Sachen

Was hat er nicht alles gemacht, unser Michel. Ferienarbeiter im Walzwerk war er, Gärtnereigehilfe und Dekorateur. Gelernt hat er Medizinisch-Technischer Laborassistent, EDV-Pädagoge und Krankenpfleger – unter anderem. Geschäftsführer war er schon, auch Vertriebsleiter, Qualitäts- und Prozessmanager. Vor allem aber: Organisations- und Parteisekretär, Redakteur, Gewerkschaftssekretär, Pflegebeauftragter.

Was Michel anpackt, das macht er richtig. Keine halben Sachen. Vom Studium der kapitalistischen Betriebswirtschaftslehre einmal abgesehen.

Organisieren, aktivieren, selbstermächtigen – das ist der Kern von allem. Die Befreiung der Arbeiterklasse muss eben das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Und dieses Ziel hat auch Michels Berufsleben geprägt. Ob als ehrenamtlicher Gewerkschaftsaktivist im Knappschafts Krankenhaus Sulzbach oder hauptamtlich als ver.di-Sekretär.

Zentral war für ihn stets die journalistische Tätigkeit. Denn gute Ideen wollen verbreitet werden. Mehr als das: Zeitungen sind für Michel nicht nur ein Medium zur Information. Sie sind auch und vor allem kollektiver Organisator. Also ein Instrument, die Organisation voranzutreiben und ihr eine Struktur zu geben.



Viele Jahre hat Michel deshalb die Betriebszeitung »Durchblick« herausgegeben. Die Redaktionsarbeit in der drei wollte er – eigentlich nicht erlaubt – auch als ver.di-Sekretär unbedingt fortsetzen, und machte dies zur Bedingung seiner Einstellung. Dass manche Linke die Bedeutung einer Zeitung nicht sehen, die fast 400.000 Beschäftigte erreicht und in den Betrieben verteilt wird, hat

Michel nie verstanden. Er hat uns immer das Gefühl gegeben: Es ist wichtig, was wir tun. Und das ist es auch.

Jetzt wechselt Michel den Platz. Das ist nicht leicht. Für ihn nicht, vor allem für uns nicht. Doch der Kampf geht weiter. »Die Schwachen kämpfen nicht«, schrieb Bertolt Brecht. »Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.« Wir werden weiter gemeinsam kämpfen.

Daniel Behruzi

Journal of Business Ethics



ISSN 0167-4544
CODEN JBUEJD
USPS 055-240
Postmaster: Send address changes in U.S.A. and possessions to: Journal of Business Ethics, P.O. Box 17, 3300 AA Dordrecht, The Netherlands.
Outside U.S.A. and possessions: Journal of Business Ethics, P.O. Box 17, 3300 AA Dordrecht, The Netherlands.
Second-class postage paid at New York, N.Y., and at additional mailing offices.
Postage paid at Toronto, Ontario, Canada Post International Publications Mail Product Sales Agreement No. 246827.
Printed on acid-free paper.